Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

[illegible]

9. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 26. Januar 1933 — Nummer 22

Neun Arbeiter erschossen!

Unerhörtes Blutbad in einer Dresdner Arbeiterversammlung . 9 Tote, 12 Schwerverletzte und ungezählte Leichtverletzte als Opfer der blutigen Polizeiaktion . Empörungssturm unter den Massen . Arbeiter, heraus zum schärfsten Massenprotest . Belegschaften, vorwärts zum Streik!

Dresden, den 26. Januar 1933

Gestern abend richtete die Dresdner Polizei unter den in einer Massenversammlung des Kampfbundes gegen den Faschismus im Keglerheim zusammengeströmten Arbeitermassen ein furchtbares, unerhörtes Blutbad an, dem neun Arbeiter zum Opfer gefallen sind. Außer neun erschossenen Klassengenossen kommen noch über zwölf meistens schwerverletzte Arbeiter und Arbeiterinnen auf das Blutkonto der Dresdner Polizei. Unter den Dresdner Arbeitern herrscht grimmige Erbitterung und ungeheure Empörung und Erregung, die schon in den frühen Morgenstunden des heutigen Tages in spontanen Protestdemonstrationen in den Arbeitervierteln zum Ausdruck kam.

Auch in den Betrieben hat sich die schändliche Tat der Polizei bereits in den heutigen Morgenstunden unter den Belegschaften verbreitet, die auf das Blutwerk der Polizei, auf die Erschießung ihrer Klassengenossen, mit Proteststreik antworten müssen.

[illegible]

Morgen finden [illegible] ... lichen Partei, Augenze[illegible] ... ektion sprechen werden.

Am morgigen Freitag findet außerdem im Eldorado, 19,30 Uhr, eine große Betriebsrätekonferenz statt, zu der wir an anderer Stelle einen Aufruf veröffentlichen.

[illegible]

Schon als die Dresdner antifaschistischen Arbeiter am gestrigen Nachmittag in machtvollen Kolonnen nach dem Bönischplatz zogen, kam es — wie wir an anderer Stelle ausführlich darstellen — immer wieder zu unerhörten Provokationen der Polizei, die auch die Züge beim Hinmarsch wie auch beim Abmarsch wiederholt sprengten und auf solche Weise die antifaschistischen Massen auf das unerhörteste provozierten.

Der Gipfel der Provokation — das war die von der Polizei erfolgte willkürliche Auflösung der Massenversammlung im Keg-

Belagerungszustand in Dresden!

Bei Redaktionsschluß wird bekannt, daß der kleine Belagerungszustand über Dresden verhängt ist. Sämtliche Versammlungen und Demonstrationen unter freiem Himmel sind verboten.

lerheim, welche gestern im Anschluß an die machtvolle Demonstration stattgefunden hat.

In dieser Versammlung saßen und standen gewaltige Massen dicht aneinandergedrängt. Schon lange vor Beginn vermochte der Saal die anströmenden Massen nicht zu fassen.

Da geschieht die erste Provokation. Die Polizei verweigert die Oeffnung der Galerie und gibt erst unter dem Drucke der immer neu herzuströmenden Massen nach langer beharrlicher Weigerung die Galerie für die Versammlungsbesucher frei.

Die Versammlung verlief — wie uns Augenzeugen dutzende Male bestätigt haben — in vollster Disziplin und Ordnung.

Als der Referent zu dieser Versammlung schließlich den Terror und die unaufhörlichen Provokationen der faschistischen Mordbanden anprangert und sie mit dem wuchtigen Einsatz der Massenkraft des Proletariats zu beantworten auffordert, nimmt die Polizei dies zum Anlaß, die Versammlung für aufgelöst zu erklären.

Das Echo: Ungeheurer Protest und höchste Empörung! Da drängt und schiebt sich die schon vorher in anderen Räumen des Lokals untergebrachte Polizei in den Saal, um die Massen rücksichtslos beiseite zu schieben und sich den Weg zur Bühne zu bahnen. Die Wut und der Ingrimm der Versammlungsbesucher über solch rücksichtslose Polizeiaktion steigt und äußert sich in entrüsteten Zurufen.

Von der Galerie herab rufen Genossen im Sprechchor den höchst entrüsteten Arbeitern zu, die Ruhe zu bewahren und Disziplin zu halten. (Selbst die Dresdner Nachrichten müssen das zugeben.)

Trotz alledem steigert die Polizei die Empörung zur Siedehitze, indem sie sogar die Revolver zieht und anschlagbereit gegen die Massen hält.

Und nun eröffnet einer der Beamten auf die mittlerweile bereits abziehenden Massen rücksichtsloses Revolverfeuer. Da beginnen auch die übrigen auf die nach allen Ausgängen zuströmenden und sich hier Ausweg verschaffenden Massen zu schießen.

Auch dazu müssen die Dresdner Nachrichten zugeben, daß der Saal sich schon bis auf etwa ein Drittel geleert hatte, als die Polizei auf die Massen zu schießen begann. Etwa 30 scharfe Schüsse wurden auf die Arbeiter abgefeuert. Im Nu wälzen sich zahlreichen Arbeiter und auch Arbeiterinnen, vor Schmerzen schreiend, am Boden. Fünf sind auf der Stelle tot, vier andere schwer verletzte Arbeiter starben teils auf dem Transport und teils im Krankenhaus. In großer Zahl wälzten sich außerdem zahlreiche schwerverletzte Arbeiter und Arbeiterinnen in ihrem Blut.

Das ist das Werk der Dresdner Polizei, über das wir noch eingehend und ausführlich an anderer Stelle Augenzeugenberichte veröffentlichen.

Die Bluttat der Dresdner Polizei ist nach der Erschießung der drei Kölner Arbeiter eine weitere Blutspur, die zu noch schärferer Entfaltung der faschistischen Diktatur in Deutschland führen soll.

Aber auch diese Bluttat wird das, was sich gestern im gigantischen Aufmarsch der Berliner Arbeiter offenbarte, nicht zu verhindern imstande sein: die immer stärker anschwellende und machtvoll vorwärts marschierende antifaschistische Kampffront, die die Dresdner Arbeiter angesichts der Leichname ihrer Klassengenossen und angesichts der großen Zahl der verletzten Arbeiter noch fester und geschlossener formieren.

Schon haben die Arbeiter in aller Morgenfrühe des heutigen Tages mit spontanen Demonstrationen auf die Bluttat der Dresdner Polizei geantwortet. Die Empörung und Erregung über dieses Massaker brandet in den Arbeitervierteln höher und höher! Sie greift auch auf die Betriebe über. Heute veröffentlichen wir die Resolution des Betriebsrates des Eltwerkes. Morgen muß aus jedem Betrieb das Echo erschallen:

Proteststreik gegen das Polizeimassaker!

Dieser Proteststreik muß auf der Stelle von allen Dresdner Belegschaften entfaltet werden. Er muß mit betrieblichen Protestkundgebungen verbunden werden und er muß die entscheidendsten Forderungen nachdrücklich bekräftigen, die sich nach diesem Blutbad als Selbstverständlichkeit für alle Arbeiter ergeben:

Fort mit Politzsch, Pfotenhauer und Einert! Sofortige Dispensierung und Bestrafung aller schuldigen Beamten!

Stellt man die Bluttat von gestern, diesen rücksichtslosen Überfall auf revolutionären Arbeitern der unerhörten Schonung der faschistischen Mordbanden durch die Dresdner Polizei gegenüber, wie sie im Fall Hentsch so deutlich in Erscheinung trat, dann ist diese Forderung für jeden klassenbewußten Arbeiter als eine glatte Selbstverständlichkeit erkennbar.

Jetzt heißt es: In Massen heraus, Betriebsarbeiter und Erwerbslose!

Proteststreik — das ist die Losung, für die die Belegschaften auf der Stelle mobil gemacht werden müssen.

Proteststreik — [illegible] am Tage der Beerdigung. Entsendung von Delegationen aus den Betrieben und aus allen Arbeiterorganisationen an diesem Tage der Bestattung unserer erschossenen Klassengenossen.

In diesem Sinne: Heraus in kämpfender Einheitsfront gegen die Erschießung der Dresdner Arbeiter und gegen das ganze blutige System der faschistischen Diktatur!

Die Opfer

der Bluttat der Dresdner Polizei

An Ort und Stelle getötet:

Walter Liebscher, Kraftwagenführer, 29 Jahre alt, Münchner Straße 9

Hermann Koch, Kutscher, 57 Jahre alt, Flemmingstraße 25

Paul Eichhorn, Arbeiter, 32 Jahre alt, Palmstraße 11

Kurt Förster, Arbeiter, 43 Jahre alt, Kleine Brüdergasse 7

Richard Michel, Arbeiter, 30 Jahre alt, An der Kreuzkirche 2.

Auf dem Transport und im Krankenhaus gestorben:

Paul Maiwald, Altmockritz 11

Erich Dumalschke, Friedrichstraße 18

Paul Birke, Cossebaude.

Ein bisher Unbekannter.

Schwerverletzte:

Ida Schwarz, Kleine Plauensche Gasse 28

Margarete Günther, Wachsbleichstraße 9

Martha Hantsch, Arnoldstraße 9

Walter Müller, Löbtauer Straße 34

Padiewsky, Schönbornstraße 1,

Rudolf Kürsch, Arnsdorfer Straße 13

Rudolf Schmiedel, Palmstraße 15

Kurt Schubert, Hohenzollernstraße 13

Bretschneider, Wohnung unbekannt.

Viele weitere Schwerverletzte sind namentlich noch unbekannt.

Protest der Drewag-Betriebsräte

Dresden, 26. Januar.

Die Betriebsräte der Drewag nahmen heute vormittag sofort zu dem Blutbad Stellung. Im Namen der Belegschaft wurde eine Protestentschließung einstimmig beschlossen und dem Polizeipräsidium übermittelt.

In der Entschließung wird auf das schärfste gegen den unerhörten Mißbrauch der polizeilichen Gewalt protestiert und gefordert, daß die schuldigen Polizeibeamten sofort entlassen und bestraft werden. Zum Schluß heißt es:

„Der Gesamtbetriebsrat der Drewag drückt den Opfern dieser polizeilichen Uebergriffe seine tiefste Teilnahme aus und fordert die Belegschaft der Drewag zur geschlossenen Beteiligung an der Bestattung auf."

Die sozialdemokratischen Betriebsräte konnten sich der gewaltigen Empörung der Belegschaften der städtischen Betriebe nicht entziehen und stimmten für die Protestentschließung.

Es gilt, in allen Betrieben sofort Betriebsversammlungen einzuberufen und den Proteststreik zu beschließen.

Das rote Berlin marschiert

130000 Antifaschisten jubeln dem ZK der KPD mit Genossen Thälmann an der Spitz.

Berlin, den 26. Januar 1933

Gestern ist in grandiosen Marschkolonnen das rote Berlin aufmarschiert. 130 000 waren es in den Zügen, im Zentrum der Stadt. Zehntausende bildeten Spalier. So marschierten die roten Heerscharen durch die Hauptstadt des Reiches, dem Zentralpunkt der faschistischen Diktatur der Schleicher und Bracht. Kampfesmutig entfalteten die trotzigen Bataillone des Proletariats ihr leuchtendes rotes Banner.

Am Sonntag paradierten auf dem Bülowplatz die Soldtruppen der kapitalistischen Ausbeuter, der Thyssen und Papen. Es war ein Heerlager karabinerbewaffneter Polizei, die die Hitler und Goebbels vor dem Zorn des arbeitenden Volkes schützen mußte. Gestern abend marschierte das arbeitende Volk selbst. Was schert diese Kämpfer für den Kommunismus der grimmige Frost.

So zogen in riesigen Zügen die endlosen Kolonnen der Stempelbrüder. Notdürftig gekleidet, weil Schleichers Winterhilfe sie hungern und frieren läßt, weil Schleichers provozierende „Hilfe" ein glänzendes Geschäft für die Kapitalisten ist. So demonstrierten die Berliner Betriebe, uniformierte BVG-Arbeiter. Da defilierten die antifaschistischen Proletariermütter und Arbeiterinnen Seite an Seite mit ihren Genossen. Da zog in trotziger Kampfbegeisterung zu Tausenden und aber Tausenden Karl Liebknechts Jugend vorbei. Da manifestierte sich die Einheit der Arbeiterklasse gegen jene Vorwärts- und ADGB-Provokateure, die gemeinsam mit Goebbels von einer „Niederlage der Arbeiter" schwindeln, die die Arbeiterschaft des roten Berlin kampf- und widerstandslos machen wollen. Da marschierten ganze Gruppen uniformierter Reichsbannerproleten gegen die Spalter und Saboteure der SPD.

130 000 Antifaschisten jubelten dem ZK und dem Genossen Thälmann zu. Nahezu 4 Stunden dauerte der Vorbeimarsch.

Die Marschstraßen waren umsäumt von jubelnden Massen. Das war der gewaltigste Massenaufmarsch gegen die Schleicher-Bracht-Diktatur. Das war das rote Berlin!

Grandios war die Sympathie und Solidarität der Bevölkerung mit den vorbeiziehenden Massen. Kleine Geschäftsleute brachten den Demonstrierenden warmen Kaffee.

Welch ein Unterschied zwischen diesem alle werktätigen Massen umfassenden Aufmarsch und dem isolierten, von der Masse der Bevölkerung mit Hak verfolgten, unter dem Schutze von Schupokarabinern und Panzerwagen dahinmarschierenden SA-Banditen am Sonntag!

Die gesamte bürgerliche Morgenpresse muß den grandiosen Aufmarsch des roten Berlin registrieren. So schreibt das Berliner Tageblatt:

„Gab am Sonntag der Kundgebung der Nationalsozialisten die Polizei das Gepräge, so waren es gestern die Arbeitermassen, die dem Rufe der Kommunistischen Partei gefolgt waren. Nach einer Fahrt durch die Stadt hat es den Anschein, als wenn die Kundgebung eine der größten wäre, die jemals in Berlin durchgeführt wurde. Die Züge hatten teilweise eine Länge vom Lustgarten bis Bülowplatz."

Auch die **Vossische Zeitung** muß den gewaltigen Aufmarsch des antifaschistischen Berlin registrieren. Der „Vorwärts" vom heute morgen bringt einen Artikel von Friedrich Stampfer, in welchem er schreibt:

„Mein Beruf als Journalist hat mich gestern abend auf den Bülowplatz geführt. Ich gestehe, daß ich das Geschehene als ein Erlebnis bezeichnen kann . . . Durch klirrenden Frost und schneidenden Wind zogen in abgeschabten Mänteln, in dünnen Jacken, in zerrissenen Schuhen stundenlang zehntausende blasse Gesichter, aus denen die Not sprach, aus denen aber auch der Opfermut sprach für die Sache, die sie für richtig halten, vorüber."

Der Vorwärts beschimpft die Berliner Arbeiter

Nachdem der berüchtigte Stampfer unter dem Drucke der gewaltigen antifaschistischen Einheitsfrontkundgebung zunächst knirschend diese Feststellung macht, leistet er sich dann in demselben Artikel eine Gemeinheit gegen

die marschierenden Massen, unter denen sich Zehntausende von SPD- und Eiserne-Front-Arbeitern befanden,

indem er schreibt:

„Vergleicht man die Massen der KPD und die unseren, so bemerkt man die Anfänge einer neuen sozialen Differenzierung. . . Denn wenn die ausgesprochenen Elendsproletarier sich nicht mehr als Klassengenossen des qualifizierten Arbeiters fühlen, da wird die Parteispaltung sozial unterbaut."

Nachdem so der Vorwärts die Berliner Arbeiterschaft, die durch die Mitschuld der SPD-Führer und Ministerlinge in das tiefste Elend gestürzt wurde, auf das gemeinste beschimpft, bezeichnet er noch die Führer der KPD als „moralisch nicht hochstehend".

Diese gemeine Beschimpfung der Berliner Proletarier und ihrer Führung durch Stampfer muß der gesamten deutschen Arbeiterklasse zur Kenntnis gebracht werden. Jetzt gilt es, den gewaltigen Auftrieb der proletarischen Einheitsfront in Berlin in das Reich zu tragen.

Sozialdemokratische Arbeiter, Arbeiter der Eisernen Front, Freigewerkschaftler, gebt den Stampfer und Konsorten auf die gemeine Beschimpfung des Berliner Proletariats die richtige Antwort:

Schließt die kämpfende Einheitsfront aller Werktätigen unter Führung der KPD und ihres bolschewistischen Zentralkomitees zum Kampf gegen die faschistische Schleicher-Bracht-Diktatur und den gesamten Faschismus, samt seinen sozialdemokratischen Helfern.

Kommunistische Landtagsfraktion gegen die Schuldigen an dem Blutbad

Unsere kommunistische Landtagsfraktion wird in der heutigen Sitzung das entsetzliche Blutbad aufrollen. Sie fordert, sofort alle an dem Massaker beteiligten Polizeibeamten sofort vom Dienst zu suspendieren, sofort eine Untersuchung unter Führung von Landtagsabgeordneten und Versammlungsleitern einzuleiten und die schuldigen Beamten zu entlassen und streng zu bestrafen.

Augenzeugen erheben Anklage

Von der großen Zahl uns zur Verfügung gestellter Augenzeugenberichte veröffentlichen wir heute folgende

Die Versammlung verlief bis 10.40 Uhr in der größten Ruhe. Genosse Friedrich sprach über den Mordfaschismus. Er erklärte, daß der Faschismus die Arbeiter morde und rief zum Massenkampf gegen den Mordfaschismus auf. In diesem Moment erklärte der politische Beamte die Versammlung für aufgelöst. Ungeheure Empörung der anwesenden Arbeiter setzte darauf ein.

In diesem Moment erschienen die Polizeibeamten, die **bis dahin in großer Zahl hinter der Bühne Aufstellung genommen hatten, mit gezogenem Revolver im Saal.** Auf den Protest der Versammlungsleitung und einiger in der Umgebung stehenden Arbeitern mußte der Inspektor zunächst den Befehl geben, die Pistolen wieder einzustecken.

Plötzlich setzten von der Galerie Sprechchöre ein, in denen — ganz im Gegensatz zu den Behauptungen des Polizeiberichtes — aufgefordert wurde, Disziplin zu bewahren und den Saal zu verlassen. Scheinbar war das den Polizeibeamten noch nicht genug, denn

jetzt stieß ein größeres Kommando an die Bühne, und drängte den Saalschutz beiseite.

Der betreffende Polizeibeamte, der zuerst den Revolver gezogen hatte, gab plötzlich

die ersten Schüsse

ab. Daraufhin zogen auch die anderen Beamten ihre Waffen und entfesselte im Saale ein tollwütiges Schießen. Eine ungeheure Panik entstand an dem Ausgang, da sämtliche Notausgänge verschlossen waren.

Nachdem die Polizei in rasender Schnelligkeit etwa 30 bis 40 Schüsse in den Saal gefeuert hatte, rechteten sich viele Arbeiter, die sich nicht wie tolle Hunde niederschießen lassen wollten, ihrer Haut. Bierseidel, Aschenbecher und Stühle wurden den Beamten entgegengeworfen. Darauf setzte ein erneutes geradezu wahnsinniges Schießen auf die dem Ausgang zustrebenden Massen ein. Blutüberströmt brach ein Arbeiter nach dem anderen und brachen auch Arbeiterfrauen zusammen. Man hörte nur noch das Knallen der Pistolen und das Schreien und Wimmern der wie Hasen niedergeschossenen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Polizei gab in dem engen Saal schätzungsweise 80 bis 100 Schüsse ab

In der Panik am Ausgang wurden noch einige Arbeiter und Arbeiterinnen verletzt und niedergetrampelt, da die Polizei die Massen mit aller Gewalt zu dem engen Ausgange hindurchdrückte, ohne Rücksicht darauf, ob die Eingänge die Massen fassen konnten oder nicht.

Der anwesende Saalschutz bemühte sich um die Verletzten. Man stellte fest,

daß fünf Arbeiter sofort getötet wurden, während vier weitere dann noch auf dem Transport in das Krankenhaus und im Krankenhaus selbst verstorben.

Festgestellt muß werden, daß diese neun Toten restlos durch Schüsse getötet worden sind, und zwar sind die meisten von hinten, also

beim Verlassen des Saales erschossen

worden. Der erschossene Arbeiter Dumaschke z. B. hat von hinten einen Rücken-Steckschuß erhalten, an dem er verblutete. Ein anderer Arbeiter erhielt von hinten einen Kopfschuß, der vorn an der Stirn herausriß, so daß das Gehirn in den Saal spritzte.

Zwei Stunden — ehe der Krankenwagen kommt!

Als die Polizei wegen der Herbeischaffung des Krankenwagens von den empörten Arbeitern bedrängt wurde, erklärte einer der maßgebenden Polizeiinspektoren, die Krankenwagen seien **bereits seit einer halben Stunde angefordert** worden. Kurz vor 24 Uhr trafen die Wagen jedoch endlich ein, wobei man sich vergegenwärtigen muß, daß sie schon 1½ Stunden vorher angefordert worden sind. Infolge dieser ungeheuerlichen Verspätung sind nach unseren Verdachtungen mindestens noch drei bis vier der schwerverletzten Genossen infolge des starken Blutverlustes gestorben, die man bei rechtzeitigem Eintreffen des Krankenwagens sicherlich noch hätte am Leben erhalten können.

Der Polizeibericht

In der dritten Morgenstunde gab die Polizei einen Bericht über das furchtbare Blutbad heraus, aus dem selbst klar hervorgeht, daß es hier auf Provokationen hinauslief, wie sich das auch schon im Verhalten der Polizei während der Demonstrationen zeigte. Der Polizeibericht sagt:

„Da der polizeilichen Aufforderung zum Verlassen des Saales nicht nachgekommen wurde, wurde von

vorsätzlich bereitgehaltener uniformierter Polizei

vor dem Podium eine Sperrkette gebildet, die mit der Räumung des Saales zunächst ohne Gummiknüppel begann. Im gleichen Augenblick setzten insbesondere auf den Galerien Sprechchöre ein: Wir bleiben da, sitzen bleiben! usw."

Wie für einen bestimmten Zweck die Dinge hier auf den Kopf gestellt werden, das zeigt sogar ein Augenzeugenbericht der Dresdner Nachrichten, in dem gesagt wird, daß

Sprechchöre die Anwesenden aufforderten, die Ruhe zu bewahren.

Die Arbeiter haben schon zu oft erlebt, wie Versammlungen aufgelöst werden, als daß sie auf jede Provokation hereinfielen. Das war auch hier im Reglerheim der Fall.

Der Polizeibericht behauptet dann, daß der Polizei scharfer Widerstand entgegengesetzt, daß sie mit Gegenständen beworfen worden sei. Kein Wort davon ist wahr!

Geradezu ungeheuerlich ist die Behauptung des Polizeiberichtes, daß von der Galerie aus auf die Beamten

scharf geschossen wurde.

Tatsache ist, daß dies nicht der Fall war, daß

kein einziger Polizeibeamter auch nur im geringsten verletzt

ist. Ohne überhaupt erst den Gummiknüppel zu gebrauchen, schoß die Polizei in die Versammlungsbesucher — und daß es sich hier nicht um „Notwehr" handelte, geht daraus hervor, daß 20 Arbeiter und Frauen getötet oder schwer verletzt wurden.

Hier muß in aller Ruhe gut gezielt worden sein!

Tatsache ist auch, daß die Versammlungsbesucher in Ordnung den Saal zu verlassen suchten, ohne sich provozieren zu lassen. Selbst die Dresdner Nachrichten sagen,

daß sich der Saal, die etwa auf ein Drittel bereits geleert hatte, als die Polizei plötzlich wie wild in den Rest der sich entfernenden Arbeiter hineinschoß. Im Nu wälzten sich 20 Arbeiter in ihrem Blute. Einige waren sofort tot.

Hunderte Arbeiter und Arbeiterfrauen waren Zeugen dieses entsetzlichen Blutbades. Sie wissen, daß diese blutigen Terrormethoden, die der Polizeibericht hier zu verschleiern sucht, zur Verschärfung der faschistischen Diktatur gegen die um ihre Existenz kämpfenden revolutionären Arbeiter gehören. Sie wissen aber auch, daß sie mit allen Mitteln kämpfen müssen, bis dieses System ein Ende gemacht ist.

Betriebsräte!

Die neun von der Polizei erschossenen Arbeiter mahnen: Erfüllt eure Pflicht! Ihr müßt als Führer eurer Belegschaften an der Spitze der Protestbewegung stehen! Es gilt die gesamte Arbeiterschaft zu einer einheitlichen und geschlossenen Front zusammenzuschweißen und den Kampf gegen den verschärften faschistischen Kurs aufzunehmen.

Beruft in allen Betrieben sofort Belegschaftsversammlungen ein

damit die Belegschaften die Möglichkeit haben, Stellung zu nehmen und Protestaktionen zu beschließen.

Es gilt, einen Proteststreik durchzuführen und den Kampf gegen die faschistische Diktatur und die neue Lohnrauboffensive der Trustbourgeoisie zu organisieren!

Die am Freitag 19.30 Uhr im „Eldorado", Steinstraße, stattfindende Betriebsrätekonferenz

wird den einheitlichen Kampfwillen aller Betriebsbelegschaften demonstrieren. Deshalb darf kein Betriebsrat fehlen. Alle müssen erscheinen!

Besonders an die freigewerkschaftlich organisierten und sozialdemokratischen Betriebsräte richtet sich der Appell, sich mit in die rote Einheitsfront einzureihen und an der Betriebsrätekonferenz teilzunehmen.

Die Dresdner Arbeiterschaft marschiert

Gegen Naziprovokationen und Schleicher-Diktatur

Dresden, 26. Januar.

Gestern marschierte die Dresdner Arbeiterschaft zu Tausenden gegen die Provokation der Schleichernazis, die es am Sonntag wagten, im roten Berlin unter dem Schutze von tausenden schwerbewaffneten Polizisten, „Front Karl-Liebknecht-Haus" aufzuziehen. Die Dresdner Arbeiterschaft hat gezeigt, daß sie gewillt ist, den Kampf gegen die Naziprovokateure und gegen die faschistische Schleicherdiktatur aufzunehmen, daß sie bereit ist, für den sozialistischen Ausweg aus Not und Unterdrückung zu kämpfen.

Bei klirrendem Frost, mit ungenügender Kleidung oft, kamen sie aus den Stadtteilen anmarschiert. Trotzig klangen die revolutionären Kampflieder durch die Straßen. Am Bönischplatz sammelten sich die einzelnen Züge zu einer nach Tausenden zählenden Kundgebung.

Ein Genosse sprach zu den Massen, oft von zustimmenden Rufen unterbrochen. Er kennzeichnete die Provokation der Berliner Nazis als den Versuch, die Voraussetzungen zu verschärftem Terror gegen das revolutionäre Proletariat und seine Partei, die KPD, zu schaffen. Aber so wie das rote Berlin den Nazis gezeigt hat, daß die Arbeiterschaft auf dem Posten ist, daß sich die rote Einheitsfront trotz der Sabotage der SPD-Führer formiert, so wird auch die Dresdner Arbeiterschaft kämpfen und ihre Kampfreihen verstärken.

Jetzt gilt es, in den Betrieben die Einheitsfront gegen Lohnraub, für Zurückeroberung der geraubten Löhne zu schmieden, die besten Arbeiter auf den Einheitslisten zur Betriebsratswahl aufzustellen und so die kämpfende Einheitsfront im Betrieb zu verwirklichen. Gemeinsam mit den Erwerbslosen führen wir die Kampagne gegen Hunger und Frost, gegen die faschistische Schleicherdiktatur, für ein freies sozialistisches Deutschland!

Die Provokationen der Polizei

Bereits auf dem Anmarsch versuchte die Polizei wiederholt zu provozieren und gegen die demonstrierenden Arbeiter vorzugehen. Diese Absicht kam auf dem Rückmarsch der Züge in die Stadtteile und zur Versammlung im Reglerheim noch deutlicher zum Ausdruck. In der Nähe des Rathauses sprang plötzlich ohne jeden Anlaß die Mannschaft des Polizeiwagens 11 145 in einen Teilzug hinein und versuchte gummiknüppelschwingend die Arbeiter auseinanderzutreiben. An der eisernen Disziplin der Proleten wurde die Provokation zuschanden. Einige Arbeiter wurden schon auf dem Anmarsch verhaftet.

Hat gestern die Dresdner Arbeiterschaft gezeigt, daß sie bereit ist, unter der Führung der Kommunistischen Partei gegen faschistischen Terror, gegen Hunger und Frost, gegen die Schleicherdiktatur zu kämpfen, so wird sie jetzt nach dem unerhörten Blutbad im Reglerheim nur um so fester zusammenstehen, die rote Einheitsfront fester schließen, jeden Proleten zum Kampf gegen dieses Blutregime zu gewinnen suchen und in machtvoller Offensive gegen dieses verfaulte, morsche System anstürmen, bis rote Fahnen über Deutschland das Ende von Ausbeutung, Hunger und Unterdrückung künden!

Vollzugsausschuß der proletarischen Diktatur tagt

Gen. Molotow vor dem Zentralexekutivkomitee: „Sache der Arbeiter und Bauern liegt in sichern Händen und wird deshalb siegen"

Moskau, 24. Januar. (Drahtbericht unseres SP.-Sonderberichterstatters.) Im großen Andrejew-Saal wurde in Anwesenheit des Führers der bolschewistischen Partei, des Genossen Stalin, und der Vertreter der Sowjetregierung vor 611 Delegierten, ausschließlich Arbeiter und Bauern aus allen Teilen der nationalen Republiken der autonomen Gebiete des Riesenlandes, die Tagung des Zentral-Exekutiv-Komitees der Sowjetunion unter Vorsitz des Präsidenten des Zentral-Exekutiv-Komitees, Genossen Kalinin, eröffnet. Genosse Kalinin gab einen Ueberblick über die Entwicklung der Union der Sowjetrepubliken.

Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, Genosse Molotow, ergriff darauf das Wort zu einer mehr als zweistündigen Rede über den Volkswirtschaftsplan 1933, der die Fortsetzung des ersten Fünfjahrplans darstellt und den großen Sieg der Arbeiterklasse der Sowjetunion dokumentiert.

Unser Land, sagte Molotow u. a., verwandelte sich aus einem rückständigen Agrarland in ein modernes Industrieland. Auf allen Gebieten unserer Wirtschaft dominieren sozialistische Elemente. Heute spielen auf dem Dorf die Kollektivwirtschaften die entscheidende Rolle. Diese Umwälzung der Landwirtschaft ist von welthistorischer Bedeutung. Zu Beginn des ersten Fünfjahrplans behaupteten unsere Feinde, daß er nicht durchführbar sei. Er wäre ein wahnsinniges Experiment, das zum Zusammenbruch führen würde. Heute sind diese Prophezeiungen zusammengebrochen, der Fünfjahrplan aber hat gesiegt. Heute ergibt sich, daß die Kurve der kapitalistischen Wirtschaft nach unten geht, die der Sowjetwirtschaft aber geht nach oben.

Genosse Molotow zog einen Vergleich zwischen der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, die Frankreich 1789 erließ, und der Erklärung der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes, die Lenin gleich nach der Oktoberrevolution schrieb. Im Jahre 1932 erließen wir ein Dekret, das nicht das Privateigentum, sondern das gesellschaftliche Eigentum für heilig und unantastbar erklärt. Dieses Dekret ist in einer neuen Entwicklungsetappe erschienen, als die sozialistischen Wirtschaftsformen nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Dorfe gesiegt hatten.

Nach ausführlicher Darlegung der Aufgaben für das Jahr 1933 wandte sich Genosse Molotow der internationalen Lage zu und erklärte, daß die

Stärkung der Positionen der Sowjetunion

im Lichte der Ergebnisse des ersten Fünfjahrplans zu werten sind. Die Sympathie der werktätigen Massen aller Länder ist gewaltig gewachsen, die zunehmende äußere Stärke der Sowjetmacht spiegelt sich wider in dem Abschluß von Nichtangriffsverträgen mit einer Reihe von Staaten. Daß der Abschluß eines solchen Vertrags mit Rumänien nicht zustande kam, ist Rumäniens Schuld. Hier haben zweifellos äußere Einflüsse eine Rolle gespielt. Vor kurzem legte uns die japanische Regierung in Kenntnis, daß sie die Unterzeichnung eines Nichtangriffspaktes im gegenwärtigen Augenblick ablehnt. Mit dieser Tatsache müssen wir selbstverständlich rechnen.

Die Sowjetregierung führt im Fernen Osten konsequent eine Politik der Nichteinmischung und der strengsten Neutralität durch. Es kam z. B. soweit, daß das japanische Kriegsministerium neuerdings provokatorische Mitteilungen über die Sowjetregierung und über die künftige Sowjetbesatzung in China veröffentlichte. Trotz der entschiedenen Dementis, in denen unser Land diese sowjetfeindlichen Erfindungen widerlegte, hat sie der japanische Außenminister Uchida am 21. Januar im japanischen Parlament wiederholt. Die internationale Situation erinnert uns wieder an die Notwendigkeit einer verstärkten Wachsamkeit. Im Jahre 1933 müssen wir einen neuen Riesenschritt im sozialistischen Aufbau machen. Von den Erfolgen unserer Wirtschaftsarbeit wird die Befestigung unserer inneren und auswärtigen Stellung abhängen. Unsere Kräfte erstarken mit jedem Tag. Die Sache der Arbeiterklasse liegt in sicheren Händen und wird daher siegen.

Die KPTsch. zum Brünner Faschistenputsch

Zu dem in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag erfolgten Sturm tschechischer Gajda-Faschisten auf eine Kaserne in Brünn veröffentlicht das ZK. unserer Bruderpartei einen Aufruf, in dem darauf hingewiesen wird, daß dieser faschistische Putschversuch nur infolge der Politik der Koalitionsregierung unternommen werden konnte. Die gesamte Gendarmerie war aufgeboten, um den Streik der Kladnoer Bergarbeiter niederzuschlagen, die Brünner Polizei wird aufgeboten, um jede Solidaritätskundgebung zu verhindern. So hatten die Faschisten freie Bahn. Der Aufruf wendet sich an die Werktätigen mit der Aufforderung, **die Einheitsfront gegen die faschistischen Putschisten und gegen das** heutige Regime, das den Faschisten den Weg bereitet, zu schließen.

Die Auslandspresse zur Hitlerprovokation

Allgemein wird zugegeben: Nur unter Schutz einer riesigen Polizeiarmee konnten Nazis zum Bülowplatz gelangen

Fast die gesamte ausländische Presse, mit Ausnahme lediglich der ausgesprochenen Scharfmachertrabanten des Versailler Finanzkapitals, ist sich in ihrem Urteil über die Hitlerprovokation mit Hilfe der Schleicher-Bracht-Polizei darin einig, daß es niemals den Nazis gelungen wäre, auf den Bülowplatz zu gelangen, wenn nicht ein riesiges Polizeiheer den nationalsozialistischen Zug vor der Empörung der Arbeiterschaft geschützt hätte.

„Kolossale Provokation" — „Bürgerkriegsatmosphäre"

Der „Manchester Guardian" bezeichnet unter der Ueberschrift: „Regierung provoziert Unordnung", den Nazilaufmarsch als eine „kolossale Provokation" und schreibt u. a.: „Es wäre nichts besonderes an der ganzen Demonstration, wenn nicht unglücklicherweise die Horst-Wessel-Zeremonie zu einer kolossalen Provokation gegen die Kommunisten mißbraucht worden wäre." Den Aufmarsch selbst schildert der „Manchester Guardian" folgendermaßen: „In der Nachbarschaft des Bülowplatzes herrschte heute morgen eine Bürgerkriegsatmosphäre. Lange bevor die Nazis auf dem Platz erschienen, war er durch riesige Polizeikordons geräumt und abgesperrt worden . . . Alle Straßen zwischen dem Bülowplatz und dem Alexanderplatz waren überschwemmt mit neugierigen und ärgerlichen Menschenmengen, die meisten von ihnen Kommunisten. Als ein Nazi sich nach die Herausforderung leistete, unter schwerem Polizeischutz die Menge zu durchkreuzen, rief die Menge hinter ihm her: ‚Mißhund du!' Inzwischen wurde die Menschenmenge größer und größer und auch die Polizei, mit Gummiknüppeln und Karabinern bewaffnet, wuchs immer mehr an . . . Die hauptsächlichsten Unruhen aber waren nicht am Bülowplatz, der aufs schwerste von der Polizei bewacht wurde, sondern anderwärts, vor und besonders nach der Nazi-Feier."

„Hitler will Vertrauen der Finanzherren wiedergewinnen"

Der „Matin" schreibt: „Es ist nicht schwer, zu verstehen, daß Hitler, moralisch und finanziell seit zwei Monaten aufs schwerste erschüttert, sich mit einem Schlage wieder in seiner traditionellen Rolle des Hauptkämpfers gegen den Marxismus präsentieren will, um auf diese Weise gleichzeitig das Vertrauen des patriotischen Pöbels und dasjenige der Herren von der Finanz wiederzugewinnen. Wo dagegen die ganze Angelegenheit wirklich interessant wird, das ist an dem Punkt, wo man die Haltung der Regierung beobachtet . . . Tatsächlich hat die Polizei außerordentlich energische Maßnahmen getroffen. Von frühmorgens ab war der gesamte Verkehr auf dem Bülowplatz völlig unterbrochen und durch Polizeikordons zu Fuß und zu Pferde abgesperrt."

„Sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter demonstrieren gemeinsam"

Die „Prager Presse", das deutschsprachige Organ des tschechischen Außenministers Benesch, schreibt: „Der ganze Bülowplatz war gesperrt, ein großes Aufgebot von Polizei war zur Stelle, auch ein Panzerauto war mobilisiert. Die Dächer der Häuser waren gleichfalls von der Polizei besetzt. Kein Fenster auf dem Bülowplatz und in der nächsten Umgebung durfte geöffnet werden . . . Weniger ruhig war die Stadt in jenen Gegenden, die die nationalsozialistischen Trupps auf ihrem Marsche passiert haben. An sehr vielen Stellen hatten sich größere Massen von kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern, darunter auch Reichsbannerleute in Uniform, zusammengefunden, die gegen die nationalsozialistische Provokation laut und zum Teil auch tätlich protestierten. Die Polizei griff überall zum Schutz der Nazis ein und machte auch von der Schußwaffe Gebrauch . . . Auf dem Bülowplatz konnte es schwerlich zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten kommen, denn er war von 5000 Polizisten besetzt, die sogar auf den Dächern Aufstellung genommen hatten."

„Großer politischer Sieg der KPD."

Unser französisches Bruderorgan, die „Humanité", veröffentlicht einen Artikel unseres Genossen Péri, in dem es u. a. heißt:

„Die Kommunistische Partei hat gestern einen großen politischen Sieg errungen, indem sie Disziplin, Tatkraft und Festigkeit bewies, hat sie dem Faschismus die einzige Antwort gegeben, die am Platze war: auf die Provokationen der Regierung und der Nazis nicht hereinzufallen, aber auch keinen Fußbreit des von den Werktätigen eroberten Bodens preiszugeben, das war während dieses fieberhaften Tages die Haltung der KPD. Die Provokation von Berlin ist auch für uns das Signal des Krieges und der Appells zum Kampfe. Die Kämpfer von Berlin rufen uns zu Hilfe. Wir werden uns verteidigen, wenn wir sie verteidigen. Möge das Werk der internationalen Solidarität ohne Verzug organisiert werden. Vervielfachen wir die Kundgebungen aller Art, damit die Meuchelmörder vom Hakenkreuz wissen, daß auch die Millionen französischer Proletarier bereit sind, die Partei Karls und Rosas zu verteidigen."

MATE SALKA

VON MILITÄRISCHEN GEHEIMNISSEN

ODESSA, STAB DER FELDDIENSTÜBUNG

1. Fortsetzung.

Um 12 Uhr war die Feuerlinie bereits weit von der Straße, die von einer Seite von einer Akazienwand abgegrenzt wird, vorgerückt. Am Straßenrand, am Rand des Straßengrabens liegen die Uniformstücke der Rotarmisten. Das Wetter ist warm (es ist nicht heiß, der Tag ist etwas trüb) — fort mit dem Hemd, den (ich bitte um Entschuldigung) . . . Hosen, die Unterhosen werden bis über die Knie aufgekrempelt und die ganze Kampftruppe verwandelt sich in weiße Punkte, die von weitem einer weidenden Gänseherde gleichen. Alle hundert Schritt steht zur Bewachung der Kleidung ein Posten aus den Reihen der „Schwachen", das sind die, denen die Stiefel die Füße wundgerieben haben, oder die sich unwohl fühlen. Das ist die „Etappe".

Auf einem anderen Feld . . . in einer ganz anderen Richtung . . . rückt ein anderes Bataillon des Regiments gegen die Kartoffelzone vor. Hier ist die ganze Kakirische Schule und andere kleine Truppenteile mit dem Jäten der Zwiebeln und Kartoffelgraben beschäftigt. Die Front entlang sind an hohen Stangen Lautsprecher angebracht, mit deren Hilfe der Stab mit der Vorderlinie die Verbindung aufrechterhält.

Im Stab (die Verwaltung der Kollektivwirtschaft) wird fieberhaft gearbeitet, die Marschnummer der Feldzeitung „Perekopez" wird zusammengestellt.

Wie jede Front, hat auch diese ihre „Pazifisten" von der Art Schwejks. Diese „Etappen-Parasiten" verkriechen sich unter dem Vorwand plötzlicher Leibschmerzen im Gebüsch und bleiben dort sehr lange, bis die Vorderlinie hinter dem Hügel verschwindet.

Beim Meeting während der Ruhepause versagt dem Sekretär der Parteizelle der Kollektivwirtschaft „Sieg am Perekop" vor Erregung die Stimme:

„Genossen! — sagt er leise — auch wir kämpfen und wie kämpfen wir, Genossen, und wir siegen Schritt um Schritt. In diesem Jahr haben wir im Odessaer Rayon zum ersten Male die Saatkampagne durchgeführt, und wir sind — so scheint es uns wenigstens, Genossen — auf dem richtigen Weg zu Kommune. Ihr seid, liebe Genossen, uns in einer schweren Situation zu Hilfe gekommen, und offen gestanden, wir schämen uns euch mit Worten zu danken."

Das Gefühl übermannte ihn, Tränen standen ihm in den Augen und seine Kinnbacken zuckten nervös.

Im Rahmen des „Sieges des Feldarbeiters" (Artillerieregiment) stehen wir auf „Etappe-Parasiten": ein schlafender Posten, hoch zu Roß trabende Kommandeure, eine Unmenge ganz unnötigerweise gesattelter Pferde . . . aber auch hier wird auf den Feldern mit rotarmistischer Begeisterung fieberhaft gearbeitet.

Dieser „Sieg des Feldarbeiters" ist eine hochinteressante Wirtschaft, die an die Rieselfelder von Paris erinnert. Ein vorzüglich organisiertes Irrigationssystem, in das alle Abflüsse der Stadtkanalisation münden, bewässert die Felder, auf denen über 100 verschiedene Garten- und Gemüsekulturen angebaut sind. Schweinezucht wird im großen getrieben, auch eine Molkerei ist vorhanden. Diese ganze Wirtschaft hatte vor ihrer Kollektivierung einer kleinen Gruppe von Kulaken-Gemüsegärtnern gehört, die reich geworden waren, und nach einem langwierigen Kampf von ihren eigenen Feldarbeitern besiegt worden waren.

Auf diesem Viereck, das einige hundert Hektar umfaßt, arbeitet das Artillerieregiment und zeigt den Kollektivwirtschaftern noch nie gekannte Arbeitsnormen bei der Ernte, beim Kartoffelgraben und bei der Verpackung des Gemüses, das sofort versandfertig gemacht wird.

Rückzugssignal

Der Österreichische Oberstleutnant Steinerau, Kommandeur eines Ulanenregiments, ließ nach einer erfolgreichen Attacke Ende August 1914 bei Rawa-Ruska „abblasen".

„Die Kosaken sind geflohen, der Krieg ist zu Ende." Wie hätte sich Schwejk über diesen Oberstleutnant gefreut.

Nach 12 bis 13 Stunden Arbeit ist der Subotnik zu Ende. In den Feldern ertönt aus den transportablen Lautsprechern das Rückzugssignal, aber nicht überall wird die Arbeit sofort eingestellt. Ist das Ungehorsam? Nein. Das sind Brigaden, die ihren Wettbewerb zu Ende führen wollen. Als die einzelnen Truppenteile sich zum Abendessen sammeln, flattern die Berichte vom „Kriegsschauplatz" nach dem Stab. Beim Abendessen erhält jeder eine frischgedruckte Nummer der Feldzeitung, die Musik spielt . . .

Aus den eingelaufenen Berichten wird rasch das Gesamtbild des Subotnik erkennbar und an Ort und Stelle bereits einzelne Stellen des Divisionsbefehls der Odessaer Lagerübungen festgelegt.

„Treu den Kampftraditionen der Perekop-Division, haben die Rotarmisten und der Kommandobestand ein Beispiel der Organisierung kommunistischer Arbeit durch die Aufstellung von Rekordnormen der Tagesleistung geliefert . . .

Schluß folgt

193000 registrierte Arbeitslose mehr!

„Unsichtbare Arbeitslosigkeit" noch mehr gestiegen. So sieht die „Arbeitsbeschaffung" aus. Her mit der Winterhilfe! Verstärkt den Kampf gegen Hunger und Frost!

Nach dem offiziellen Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen in der ersten Hälfte des Monats Januar um 193 000 gestiegen. Die Gesamtzahl der registrierten Arbeitslosen beträgt heute 5 966 000 Arbeitslose.

Um den niederschmetternden Eindruck dieser Ziffern abzuschwächen, und um zu verwischen, wie unter der Schleicherdiktatur die Arbeitslosigkeit anwächst, schreibt die bürgerliche Presse, daß die heutigen Arbeitslosenziffern „nur" ebenso hoch seien, wie die des Vorjahres um dieselbe Jahreszeit. Aber seit dem Vorjahre ist die sogenannte „unsichtbare Arbeitslosigkeit" ungeheuer angewachsen. Das heißt, die Zahl derjenigen Arbeitslosen, die, weil sie von keiner Stelle mehr Unterstützung erhalten, sich nicht mehr registrieren lassen, ist ungeheuer gestiegen. Man muß mit 2 Millionen dieser nicht registrierten Arbeitslosen rechnen, die Zahl wird in Wirklichkeit noch viel größer sein. Im Vorjahre war die Zahl der nichtunterstützten Arbeitslosen bei weitem nicht so hoch wie heute. Durch die Auswirkungen der Notverordnungen der Papenregierung ist diese Zahl bis heute so ungeheuer angewachsen. Infolge der Papen-Notverordnung gegen die Arbeitslosen ist Hunderttausenden von Arbeitslosen die Unterstützung entzogen worden.

Die Schleicherregierung, die keine Arbeitsmöglichkeit für die Arbeitslosen schaffen kann, hat sich bis heute geweigert, die Unterstützungskürzungen Papens rückgängig zu machen und den Arbeitslosen eine Winterhilfe zu gewähren. Dabei müßt sich die Schleicherregierung in erster Linie auf die Nazi-Führer, die bis heute verhindert haben, daß in den Reichstagsausschüssen oder im Reichstag selbst die Aufhebung der Papennotverordnungen beschlossen wurde, die auch außerparlamentarisch die Schleicherregierung mit allen Mitteln unterstützen und die im Solde der Thyssen und Hugenberg den blutigen Terror gegen die notleidenden werktätigen Massen verstärkt haben. Auch die SPD-Führer, die christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer rühren keinen Finger, um Hilfe für die Arbeitslosenmassen durchzusetzen.

Aber jede neue Ziffer der ungeheuren Arbeitslosigkeit zeigt an, wie jetzt in der Periode des grimmigsten Frostes die unbeschreibliche Not der Arbeitslosigkeit sich verschärft hat.

Wir fordern Unterstützung für alle Arbeitslosen, wir fordern Erhöhung der Unterstützung, wir fordern Winterhilfe, wir fordern unentgeltliche Abgabe von Brot, Kartoffeln und Kohlen für die Arbeitslosen!

Millionen müssen diese Forderungen stärker und nachhaltiger als bisher vertreten. Her mit der Winterhilfe!

SA-Mordbandit verhaftet

Leipzig, 25. Januar.

Die Polizei verhaftete den SA-Gruppenführer Siewert, der den Gewerkschaftsfunktionär Reben in Prossen bei Eilenburg auf dem Heimweg von einer Veranstaltung überfiel und zu Tode mißhandelte.

In der Oberlausitz

werden alle Vorbereitungen getroffen, um am Sonnabend, dem 28. Januar, einen Massenumsatz der Arbeiterstimme zu erreichen. Es erscheint eine

Sondernummer für die Oberlausitz

Schon haben die meisten Ortsgruppen Bestellungen aufgegeben. Einige Ortsgruppen haben die Situation erfaßt und bringen schon in der Bestellung zum Ausdruck, daß es mit dieser Sondernummer gilt, in alle Lausitzer Arbeiterwohnungen einzudringen und Höchstleistungen beim Umsatz zu erzielen.

Die wenigen Ortsgruppen, die noch keine Sondernummer bestellt haben, müssen das heute noch nachholen!

Faschistisches Freikorps im Ruhrgebiet

Berlin, 26. Januar.

Aus dem Ruhrgebiet wird gemeldet, daß sich dort ein sogenanntes Freikorps gebildet hat, das sich der Führung des ausgetretenen Nazi-Führers Stegmann unterstellen will.

Metallarbeiter Dresdens!

Heute abend tagt 19.30 Uhr im Volkshaus die Generalversammlung des DMV. Alle oppositionellen Kollegen müssen unbedingt erscheinen.

RUNDFUNK

Freitag, den 27. Januar

Deutschlandsender. 6.15 Gymnastik, Wetter, Konzert. 12.00 Wetter, Anschl. Schallplatten. 14.00 Konzert aus Berlin. 16.30 Konzert. 17.55 Hauskonzert. 18.30 Rechenschaft der Invalidenversicherung. 19.35 Klavierkonzert. 22.00 Wetter, Presse, Sport. 22.45 Seewetterbericht. Anschl. bis 24.00 Bunte Stunde.

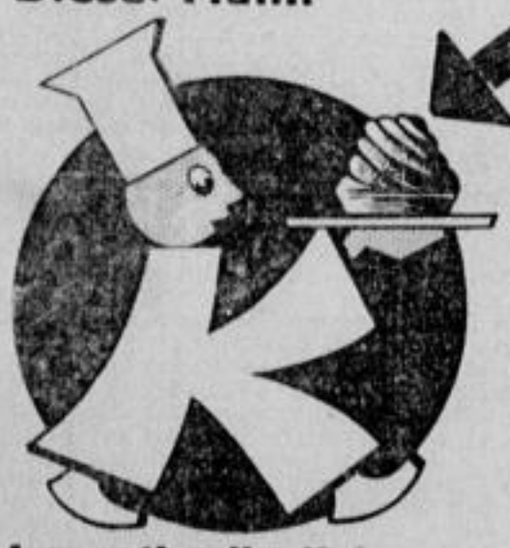
Mitteldeutscher Rundfunk. 6.15 Gymnastik, Schallplattenkonzert. 12.00 Konzert. 16.30 Konzert. 18.25 Englisch. 19.30 Klavierkonzert. 21.20 „Faust im Turmhut". 22.30 Nachrichten. Anschl. bis 24.00 Bunte Stunde.

Samstag

Deutschlandsender. 6.15 Gymnastik, Wetter, Konzert. 12.00 Wetter. Anschl. Schallplatten. 14.00 Konzert. 16.30 Konzert. 19.35 Schubert: Sonate a-moll. 20.00 Bunter Abend. 22.00 Wetter, Presse, Sport. 22.45 Seewetterbericht. Anschl. bis 0.30 Tanzmusik.

Mitteldeutscher Rundfunk. 6.15 Gymnastik, Konzert. 12.00 Richard-Strauß-Stunde (Schallplatten). 13.15 Buntes Wochenend (Schallplatten). 16.30 Konzert. 19.30 Kabarett „Tempo". 20.00 Schelmenstreiche der Vergangenheit. 20.30 Bunter Abend. 22.30 Nachrichten. Anschl. bis 24.00 Tanzmusik.

Dieser Mann



ist volkstümlich
Kauft beim billigen
Kuchenjungen
Alles stets frisch und gut, dabei große Auswahl, 15 verschiedene Sorten Kuchen, Stück 6, 8 und 10 Pfennig. Billiges und gutes Brot, 4 Pfund nur 42, 47 und 52 Pf. Schöne, knusprige Semmeln, 4 Stück nur 10 Pfennig
18 Filialen in allen Stadtteilen

Rauch Pascha

Nach: 1 Paar gebrauchte Skis, ca. 190 cm, 1 Paar Skistiefel, Größe 40
Angebote unter A. an die Geschäftsstelle
Ankauf Fell - Gerberei - Färberei
Liebigstraße Str. 21

Pirna
Decke euren Bedarf an
Gardinen Reformbetten Decken
bei
Joh. Kropp, Gardinenecke, Obertorstraße 1
Otto Kluge, Gardinenfabrikation, Lindenstraße 9

Größte Auswahl
niedrigste Preise, beste Fabrikate
Textil-Fabrikreste

Metall- u. Holzbettstellen
für Erwachsene und Kinder
Stahldrahtmatratzen
Auflieger-Matratzen
nur eigene Anfertigung
Reform-Unterbetten
solide Qualitäten
Ewald Kluge
Lange Str. 17

Inventur-Verkauf
Damen-, Herren- u. Kinderbekleidung
Billig wie immer!
C. Jul. Röthig
Neugersdorf in Sachsen

Dein tägliches Rüstzeug
dein bester Ratgeber ist
Die Arbeiterstimme
Ein Klassenkämpfer
ohne revolutionäre
Presse
ist ein Soldat
ohne Gewehr!
Abonniere noch heute
Die Arbeiterstimme

Das Verkehrslokal
aller Arbeiter, Angestellten und Beamten ist das
„Eldorado" Dresden-Altstadt, Steinstraße

Die letzten 3 Tage
Reste
rauf
Jetzt kommen die vielen Reste des Inventur-Verkaufs dran. Bergeweise sind sie auf Wühltischen im Erdgeschoß aufgestapelt -
alle spottbillig
Aber ... eilen Sie, solche Einkaufsmöglichkeiten gibt es nicht alle Tage
INVENTUR-VERKAUF
(DAUER VOM 16. — 28. JAN.)
Alsberg

Jetzt zum Teil für die Hälfte im
Inventur-Verkauf
Sonnabend letzter Tag, also beeilen Sie sich!
L. Grossmann
HERREN- U. KNABEN-KLEIDUNG
DRESDEN-A. GEGR. 1863 WETTINERSTR. AM POSTPLATZ

Dresdner Antifaschisten marschieren auf

Acht Riesenzüge demonstrieren gegen faschistische Provokationsversuche, gegen die braunen Mordbanden, für die kämpfende rote Einheitsfront. Polizeiattacken zersprengen Demonstrationszüge. Musterhafte Disziplin der Arbeiter siegt über Polizeiprovokationen

Gestern marschierten die Antifaschisten Dresdens zu einer gewaltigen Protestkundgebung gegen die faschistischen Provokateure, die am Sonntag in Berlin am Bülowplatz unter den Niederrufen der Werktätigen Berlins aufmarschierten. Trotz grimmiger Kälte zogen die Arbeiter zu Tausenden mit ihren roten Fahnen und Transparenten nach dem Bönischplatz. Schon während des Anmarsches legte es die Polizei darauf an, die Anmarschierenden auseinanderzuschlagen. Angeblich verbotene Lieder waren der Anlaß dazu. Auf der Kundgebung sprach ein Genosse über die politischen Hintergründe des Faschistenaufmarsches in Berlin. Seine Ausführungen wurden begeistert aufgenommen und teilweise von stürmischen Beifallsrufen unterbrochen. Die Kundgebung schloß mit dem Gesang der Internationale und einem Hochruf auf die Berliner Arbeiter, die in roter Einheitsfrontaktion die tollen Provokationen der faschistischen Terrorgarden zuschanden gemacht haben. Dann marschierten die einzelnen Züge unter dem Gesang revolutionärer Kampflieder und mit Niederrufen auf die braune Mordpest wieder an ihre Stellplätze zurück. Während des Abmarsches schlug die Polizei verschiedene Teile der Demonstrationen auseinander und verhaftete etliche Arbeiter. An anderen Stellen prallten die Provokationen an der eisernen Disziplin der antifaschistischen Arbeiter wirkungslos ab.

Die Dresdner Antifaschisten haben mit ihrem Aufmarsch gestern bewiesen, daß nicht nur die Berliner, sondern auch die Dresdner Arbeiterschaft gewillt und bereit ist, den schärfsten Kampf gegen alle faschistischen Provokationsversuche und die weitere Verschärfung der Schleicher-Bracht-Diktatur zu führen.

Die Arbeiterbataillone marschieren an

Schon lange vor Beginn der Kundgebung harrten auf dem Bönischplatz Hunderte von Arbeitern auf den Anmarsch der einzelnen Stadtteile. Gegen 17.30 Uhr marschierten die ersten Kolonnen der Antifaschisten mit ihren roten Kampffahnen und mit dem Gesang revolutionärer Lieder an. Zug auf Zug traf ein, von den wartenden Arbeitern mit begeisterten „Rot-Front!"-Rufen begrüßt. Die Arbeiter waren direkt aus den Betrieben zu den Stellplätzen geeilt, um ihre Kampfentschlossenheit kundzugeben. Sie marschierten Seite an Seite und Schulter an Schulter mit den Erwerbslosen auf. Man konnte auch sozialdemokratische und Reichsbanner-Arbeiter bemerken, die trotz Sabotage und Hetze ihrer Führer dem Ruf der Antifaschistischen Aktion zur Bildung der roten Einheitsfront folgten. Als der überaus starke Löbtauer Zug anrückte, trennte die Polizei das letzte Stück des Zuges auf der Blumenstraße ab, erklärte diesen für aufgelöst und hieb auf die Arbeiter ein. Die Demonstranten schlossen sich aber sofort wieder zusammen und zogen unter dem Gesang der Internationale weiter nach dem Bönischplatz. **Die Polizei hatte deshalb den Zug auseinandergeschlagen, weil die Arbeiter in den Ruf ausbrachen: „Nieder mit der braunen Mordpest!"**

Trotz Frost, trotz Kälte stand die Masse Kopf an Kopf

Bald war der Platz gefüllt, Kopf an Kopf stand die nach Tausenden zählende Menge und lauschte begeistert den anfeuernden Worten des kommunistischen Redners. Seine Rede war eine scharfe Kampfansage an die braune Söldnerarmee, an die faschistische Schleicher-Bracht-Diktatur und an ihre sozialfaschistischen Tolerierer. **Der Kampf gegen die Schleicherregierung bedingt und erfordert die Konzentration der gewaltigen Arbeiterscharen. Wir werden und müssen aus diesem Grunde das, was sich am Sonntag im roten Berlin zeigte, hegen, pflegen und weiter entwickeln, nämlich die proletarische Kampfeseinheit der arbeitenden Massen. Am Sonntag standen in Berlin etwa zwanzigmal so viel Arbeiter in den Straßen, als sich Nazis herausgewagt hatten. Reichsbannerarbeiter marschierten dort Seite an Seite mit ihren kommunistischen Klassengenossen gegen die provozierende Nazipest. Die Sozialdemokratie rief noch am Sonnabend die Arbeiter auf, den kommunistischen Gegendemonstrationen fernzubleiben. Nicht nur die parteilosen Arbeiter, sondern auch die sozialdemokratischen Klassengenossen haben diesen schändlichen Dolchstoß der SPD-Führer in den Rücken des kämpfenden Proletariats abgewehrt und in vorbildlicher, tapferer und mutiger Abwehraktion mit den Kommunisten gestanden.**

SPD-Arbeiter, die ihr auch hier unter uns weilt, der vergangene Sonntag zeigte deutlich, wohin wir in der von der SPD so sehr gelobten Weimarer Republik gekommen sind. Die Arbeiterviertel werden freigeknüppelt für die Nazis, Tanks und Maschinengewehre gegen die Arbeiter aufgefahren, mit aufgepflanzten Bajonetten die Gegendemonstrationen der Werktätigen Berlins auseinandergetrieben. Der Kampf der deutschen Arbeiter wird um die Errichtung eines sozialistischen Deutschlands geführt. Steht zusammen in roter Einheitsfront, dann werden alle weiteren Verschärfungsmaßnahmen der faschistischen Schleicherdiktatur und der braunen Knüppelgarden der deutschen Bourgeoisie an eurem Widerstand zerschellen.

„Wacht auf, Verdammte dieser Erde ..."

Dann sang die Masse, die die glänzende Rede oft mit Zustimmungs- und Beifallsrufen unterstrichen hatte, die Internationale. Die Züge, die sich jetzt zum Abmarsch formierten, waren von einem einzigen Kampfeswillen beseelt, der seinen Widerhall in trotzigen Niederrufen gegen faschistischen Mordterror und Hochrufen auf die proletarische Einheitsfront seinen Ausdruck fand. Die Demonstrationen marschierten, flankiert von starken Polizeikommandos, nach ihren Stadtteilen zurück.

Die Polizei tritt in Aktion

Die Polizei, die, wie schon erwähnt, bereits während des Anmarsches versucht hatte, Anlässe zum Dreinschlagen zu finden, benützte jede Gelegenheit, um die marschierenden antifaschistischen Arbeiterbataillone zu provozieren. **So wurde zum Beispiel ein Teil des nach dem Keglerheim marschierenden Zuges auf der Ringstraße in der Nähe der Chape, ohne jeden Anlaß auf Befehl des Führers des Ueberfallwagens 11169 brutal auseinandergeschlagen.** Hierbei wurden einige Arbeiter schwer verletzt und von Arbeitersamaritern geborgen. Daß die Polizei die Absicht hatte, den gesamten Zug aufzureiben, ist daraus ersichtlich, daß die an der Spitze des wuchtigen Demonstrationszuges marschierenden Arbeiter, die von den Vorgängen hinter ihrem Rücken keine Ahnung hatten, am Rathaus auseinandergetrieben werden sollten. **Aber hier scheiterte dieser Versuch an der wahrhaft mustergültigen Disziplin der antifaschistischen Kampfkolonnen. Obwohl Polizeioffiziere bereits den Befehl zum Auseinanderhauen gegeben hatte, marschierten die Arbeiter ruhig und geschlossen in Viererreihen weiter, so daß die Polizeibeamten keinen Anlaß fanden, den Befehlen ihrer Führer nachzukommen.** Besonders bemerkenswert dabei ist, daß einige Beamte gerade an dieser Stelle bewiesen, daß sie nicht gewillt waren, Arbeiter ohne Grund auseinanderzuschlagen. **Es gibt eben zweierlei** Schupobeamte. Als die Polizeioffiziere sahen, daß ihre Absicht mißlungen war, setzten sie ihre Provokationen in der Form fort, daß sie an der Cerstraße das Ende des Zuges, 8 Viererreihen, abtrennten „um den Verkehr durchzulassen". Dies ist um so bezeichnender, als sich dieser Vorfall unmittelbar in der Nähe des Nazilokals abspielte. Man wollte höchstwahrscheinlich auch hier die Arbeiter reizen, um sie dann desto sicherer auseinanderjagen zu können.

Warum diese Aktionen?

Diese Polizeiaktionen, anläßlich des Protestmarsches der Dresdner antifaschistischen Freiheitsarmee, liegen ganz im Interesse der Nazigarden. **Sie liegen ganz in der Linie, die Straße den braunen Arbeiterfeinden freizumachen, sie zeigen, wie in Wirklichkeit die Aufhebung des Demonstrationsverbotes, die Lockerung der politischen Freiheitsbeschränkungen aussieht.**

Aber trotz alledem war der Kampfaufmarsch der revolutionären Arbeiter Dresdens ein voller Erfolg. Er bildete den Auftakt zur weiteren Verbreiterung der kämpfenden roten Einheitsfront, der antifaschistischen Aktion des Kampfes mit den parteilosen und sozialdemokratischen klassenbewußten Proletariern und Werktätigen gegen die faschistische Schleicher-Bracht-Regierung, für den Sieg des kämpfenden, siegreichen Proletariats.

„Provokation der Nazis im roten Berlin

Antifaschistischer Massenaufmarsch schafft die Einheitsfront!"

Das ist das Thema am Freitag, dem 27. Januar, 19 Uhr, in einer öffentlichen Versammlung im Sächsischen Wolf in Freital. — Arbeiterinnen, Arbeiter, Werktätige, zeigt durch Besuch dieser Versammlung eure Verbundenheit mit dem Berliner Proletariat.

Nazis fassen Mäntel

Wie uns mitgeteilt wird, soll am Sonnabend vergangener Woche zwischen 18 und 19 Uhr ein Nazi, freundlich an den braunen Uniformhosen und Hakenkreuzabzeichen, mit fünf bis sechs Polizeimänteln auf dem Arm, die Polizeikaserne Königsbrücker Straße verlassen haben. Für die frierenden Erwerbslosen dürfte die Frage sehr interessant sein, wieso die Nazis zu Mänteln kommen, während die Erwerbslosen Dutzende von Anträgen, Bittgesuchen, Petitionen schreiben können, monatelang auf Antwort warten müssen und dann trotzdem nichts erhalten, oder aber, wenn es gut geht, etliche zerrissene und zerschlissene Winterhilfsbrocken hingeworfen bekommen, können sich anscheinend die Nazis mit guten, haltbaren Sachen eindecken.

Schleichers „Hunderttausend"

Ein Reichswehrfilm. Gesteigerte militaristische Propaganda der deutschen Imperialisten

Bei der wachsenden Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze und der sich weiter verschärfenden Wirtschaftskrise wird die Frage der verstärkten militärischen Aufrüstung zu einer Lebensfrage für die deutsche Bourgeoisie. Heute, wo in China die Kanonen schon Tod und Verderben bringen, kann sich auch der deutsche Imperialismus nicht mehr allein mit einer 100 000 Mann starken Führertruppe und den, von der sozialdemokratischen Müllerregierung begonnenen, Panzerkreuzern A, B, C begnügen. Heute gilt es, den imperialistischen Rüstungen eine breitere Grundlage zu geben. Das wichtigste Erfordernis dafür ist die ideologische Vorbereitung der breiten Massen.

Schleicher, der Reichskanzlergeneral, betätigt sich zu diesem Zwecke als gerissener Propagandachef der deutschen Aufrüstung. Bei jeder Gelegenheit versucht er mit allen modernen Mitteln, des Rundfunks, der Massenkundgebungen und des Films, in die Hirne der Massen die Auffassung einzuhämmern, daß die allgemeine Wehrpflicht das Wichtigste sei, was dem deutschen Volke fehle. Diesen Gedanken wiederholt er immer wieder. In seiner Rundfunkrede am 15. Dezember behauptete er:

„Wieviel Väter, wieviel Mütter (!) und Erzieher haben in diesen Zeiten sorgenvolle Briefe an den Wehrminister gerichtet mit der dringenden Bitte, die allgemeine Wehrpflicht wieder einzuführen. Und in der Tat gibt es keine bessere Schule (!) für die Jugend, um Selbstdisziplin, äußere und innere Bescheidenheit (!) und Kameradschaft zu lernen."

Auch bei seiner Rede im Sportpalast stellte er die Forderung der allgemeinen Wehrpflicht in den Mittelpunkt und er erntete dafür den frenetischen Beifall der anwesenden Kriegervereinler, Industriellen, Militärs und Prinzen. Zum Ueberfluß wird dieser Teil seiner Rede in der Ufa-Wochenschau in allen Kinos Millionen von Menschen in Wort und Bild zur Kenntnis gebracht. So wird „Stimmung" gemacht.

Der Propaganda der imperialistischen Rüstungsbestrebungen dient auch der Film „Unsere 100 000", der im Dresdner Ufa-Palast vorgeführt wird. Er zeigt mit dem dazugehörenden „Tram" Bilder aus dem Soldatenleben der Reichswehr, die auf die bekannte Melodie eingestellt sind: „... ja das heißt lustig sein ...". Der Film beginnt mit der bildlichen Darstellung der zahlenmäßigen Schwäche der Reichswehr gegenüber den Armeen der umliegenden imperialistischen Staaten. Dann kommen Bilder aus einem Manöver. Das sieht so harmlos aus, wie die Artillerie durch die Garben des Platzpatronen-Maschinengewehrfeuers reitet, ohne daß auch nur einem einzigen etwas geschieht. Zum Schluß kommen Bilder von den friedlichen Spielen der Soldaten auf dem Turnplatz — nicht ohne den Hinweis, welch prächtige körperliche Ausbildung den Reichswehrsoldaten zuteil wird.

Alles ist darauf berechnet, das Soldatenleben in den rosigsten Farben zu schildern und an die Abenteuerlust der Jugend zu appellieren, die den Krieg nur noch aus weiter Entfernung kennt. Auch mit diesem Film soll der Gedanke erweckt werden: „Deutschland braucht eine größere Armee, her mit der allgemeinen Dienstpflicht!" Das ist der Grundton und der Zweck dieses militärischen Propagandafilms.

Die sozialdemokratische Dresdner Volkszeitung versucht krampfhaft, diesen wahren Sinn des Filmes zu verschleiern. Leicht fällt ihr das nicht, denn schließlich merken das ja auch die sozialdemokratischen Arbeiter, die diesen Film sehen. Sie faselt davon, daß die Reichswehr es gar nicht nötig habe, „durch Lichtreklame und Plakate das Schlaraffenleben der Soldaten in berauschenden Farben zu schildern, wie in England und Amerika", weil ja genug Nachwuchs vorhanden sei. Als ginge es bei der militärischen Propaganda der deutschen Imperialisten allein darum, den Nachwuchs zu sichern. Die Volkszeitung tut so, obwohl sie weiß, daß nicht nur sehr greifbare Pläne über die Schaffung einer Miliz bestehen, sondern auch mit dem Arbeitsdienst der proletarischen Jugend „Selbstdisziplin und Bescheidenheit" beigebracht wird.

Die Volkszeitung kann zwar nicht verheimlichen, daß in dem Film „Wünsche nach Aufrüstung angemeldet" werden, aber sie fügt sofort beschwichtigend hinzu, daß ja der militärische Bearbeiter des Films in einer Presseaufführung erklärt hat, daß man „die Erfüllung dieser Wünsche von der Abrüstungskonferenz erhoffe".

Die SPD als die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie kann gar nicht anders, als die imperialistischen Rüstungsbestrebungen zu unterstützen, weil die SPD-Führer mit der Bourgeoisie auf Gedeih und Verderb verbunden sind. Nur die Kommunistische Partei, die einzige proletarische und antikapitalistische Partei, führt den Kampf der Arbeitermassen gegen den Imperialismus. Nur wir Kommunisten haben den proletarischen Internationalismus auf unserem roten Banner! Die Rede des Genossen Thälmann in Paris, die brüderliche Zusammenarbeit der deutschen und französischen Partei zur Mobilisierung der internationalen proletarischen Front zum Kampf **gegen Versailles und gegen die imperialistische Kriegsgefahr** sind erneute Beweise dafür.

Stadtteil 6 hat die Führung beim Verkauf der Leninsondernummer

Die Zellen des Stadtteils 6 bestellten für den Großverkaufstag 435 Arbeiterstimmen. Diese wurden restlos abgesetzt und an den Verlag abgerechnet! Welcher Stadtteil kann von sich dasselbe berichten?

Ruht nicht nach mit der Pressewerbung! Alles für eure Zeitung!

5000 von 18000

Wie der Ausländerball den armen Studenten hilft

(Studentenkorrespondenz)

Es ist bekannt, daß ein großer Teil der Studentenschaft heute unter den schwierigsten finanziellen Verhältnissen sich im wahren Sinne des Wortes durch das Studium durchhungern muß. Die immer steigende Verelendung des Mittelstandes, dessen Söhne das Hauptkontingent der Studierenden stellen, hat zu der Erscheinung des mittellosen Studenten geführt, dem die Wirtschaftskrise in Deutschland noch die Existenzmöglichkeit als „Werkstudent" genommen hat. Besonders auch unter den ausländischen Studierenden, die jetzt zum großen Teil hier in Deutschland ohne ausreichende finanzielle Unterstützung durch ihre Eltern zu leben gezwungen sind, greift das Elend immer mehr um sich.

Seit mehreren Jahren veranstaltet nun der „Verband ausländischer Studierender" den Ausländerball, der sich zum „repräsentativsten" Ball der Dresdner „Gesellschaft" entwickelt hat. Dort amüsiert sich die Dresdner „Creme" der Gesellschaft in Frack oder Smoking und großer Abendtoilette mit dem erhebenden Gefühl, Armen zu helfen, denn schon Goethe sagte: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut." Schon die Zusammensetzung des vorbereitenden Ausschusses zeigt uns das wahre Gesicht dieser „Wohltätigkeit". Da ist ein Herr Konsul, Prokurist eines bekannten Dresdner Bankhauses, der den Ehrgeiz hat, in der „Gesellschaft" eine Rolle zu spielen. Da sein Chef sehr stark am „Bund der Auslandsdeutschen" interessiert ist, setzte es der Herr Konsul durch, daß ein Teil der vereinnahmten Gelder diesem nationalistischen Bund zugewiesen wurde (Motto: „Studentenhilfe"). Auf Grund seiner „Verdienste" um den Ausländerball wurde dieser Herr — Ehrensenator der Technischen Hochschule! Arme, bankrotte bürgerliche Wissenschaft! Da ist weiter eine Dame der „Gesellschaft" (natürlich ebenfalls Ehrensenator der TH). Verständlich wird deren „Tätigkeit", wenn man beachtet, daß ihr Herr Gemahl sehr stark mit der deutschen Automobilindustrie liiert ist. Ganz ähnlich sehen die studentischen Vertreter im Ausschuß aus. Ein nicht mehr ganz junger Student aus dem Norden Europas, seit zirka 20 Semestern an der Technischen Hochschule, **hatte einmal große Geschäfte in Dresden gemacht und auf ebenso** großem Fuße gelebt. Nachdem es damit aus war, versuchte er es in seiner Heimat und kam wieder nach Dresden und bemüht sich jetzt in recht auffälliger Art um den Ausländerverband. Immerhin lassen sich geschäftliche Verbindungen in dieser feudalen Ausschußgesellschaft verhältnismäßig leicht anknüpfen. Ein Student vom Balkan, natürlich Faschist, verstand es, in den Ausschuß zu gelangen. Sein Geltungsdrang ist die Triebfeder seines Handelns. So steht er nun jetzt am Anfang der erstrebten „glanzvollen gesellschaftlichen Laufbahn". Bei der Geldverteilung schaltet er alle, deren politische Einstellung ihm nicht genehm ist, von der Zuteilung von Studienbeihilfen aus.

Wie diese Leute aussehen, so sieht auch der Ball aus. Erst kommt das Amüsement, bei dem nicht gespart wird, und dann erst die Hilfe für die Minderbemittelten, was ja eigentlich der Hauptzweck des ganzen Rummels sein sollte. Die Ausschmückung des Saales wird nicht etwa an Studenten vergeben, die sich damit etwas verdienen könnten, sondern wird einer großen Firma zugewiesen. Allein für Blumenarrangements sollen im vorigen Jahre gegen 2000 Mark (!) ausgegeben worden sein. Studentenkapellen werden ebenfalls kaum berücksichtigt. Aber den Weintraub-Syncopators gab man etwa 1400 Mark, und in diesem Jahre wird Barnabas von Geczy mit seinen acht Mann mehr als 1000 Mark einstecken. Von den 18 000 Mark, die im vorigen Jahre vereinnahmt wurden, blieben für Studienbeihilfen an minderbemittelte Studenten nur 5000 Mark übrig. So sieht die „Wohltätigkeit für die Studenten" aus, die nur ein Teil des allgemeinen verlogenen Wohltätigkeitsrummels der Bourgeoisie ist: Amüsement („Jeder Schluck Sekt — ein Teller Suppe für die Hungernden"!), Beruhigung ihres nicht mehr ganz reinen Gewissens und Beruhigung der Hungernden, deren wachsende Unruhe am Bestand der Herrschaft der Bourgeoisie zu rütteln beginnt. **Die notleidenden Studenten und alle geistigen Arbeiter, denen heute ihre Existenzbasis genommen ist, müssen gemeinsam mit allen Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen dieses menschen- und geisttötende System kämpfen, bis zur Errichtung einer freien sozialistischen Gesellschaftsordnung!**

SLUB
Wir führen Wissen.

Antifaschistische Offensive in den Kommunal-Parlamenten!

„Es sind ja nur Agitationsanträge . . ."

Langburkersdorf (AK 1144). Die erste Sitzung war außerordentlich stark besucht von Zuhörern. Einen KPD.-Antrag, die Sitzung zu verlegen, stimmte die Mehrheit nieder. Das Präsidium wurde von Bürgerlichen besetzt. Kommunistische Anträge für **die Hungernden wurden von SPD und Nazis als Agitationsanträge bezeichnet und selbstverständlich abgelehnt. Wir Kommunisten werden auch in Zukunft als die Sachwalter der arbeitenden Bevölkerung rücksichtslos den Kampf parlamentarisch und außerparlamentarisch für die Interessen der Werktätigen führen.**

Die „praktische Arbeit" der SPD

Rathmannsdorf (AK 1172). Das Präsidium wurde hier in der ersten Gemeindeverordnetensitzung von Bürgerlichen und Sozialdemokraten gemeinsam besetzt. Winterhilfsanträge der KPD wurden von derselben Einheitsfront abgelehnt. Das ist die praktische Arbeit, von der die SPD immer soviel Aufhebens macht. Wir Kommunisten werden trotz alledem unentwegt für die Forderungen der Erwerbslosen kämpfen.

KPD-Bürgermeisterstellvertreter wird nicht anerkannt

Krummhermsdorf. In einer Sitzung **des neuen Gemeindeverordnetenkollegiums wurde** als stellvertretender Bürgermeister Gen. Neubert mit 6 gegen 5 Stimmen gewählt. Es war also eine nach der Gemeindeordnung durchaus ordnungsmäßig vorgenommene und daher gültige Wahlhandlung. Die Wahl wurde aber bei der Amtshauptmannschaft angefochten. Kurze Zeit darauf brachte der Bürgermeister in einer Gemeindeverordnetensitzung ein Schreiben der Amtshauptmannschaft zur Verlesung, **wonach die Wahl des Genossen Neubert als stellvertretender Bürgermeister angefochten und abgelehnt wird. Begründung: Er ist vorbestraft und gehört einer linksradikalen Organisation an.** Darauf großes Gelächter unter den Arbeitern, die als Zuhörer erschienen waren. Gegen diese Ablehnung wurde bei der Gemeindekammer Einspruch erhoben. Unser Gen. Neubert war in den Jahren 1920/21 deshalb hinter Kerkermauern gesetzt worden, weil er sich für die Interessen hungernder Proleten eingesetzt hatte. **Gerade dieses Beispiel zeigt, daß für die herrschende Klasse die Demokratie nur insoweit zur Anwendung kommt, als es ihnen in den Kram paßt. Die Werktätigen unseres Ortes, die erkannt haben, daß nur die Kommunisten für sie kämpfen, werden ihrerseits sich die Wahl ihrer Vertreter von keiner kapitalistischen Behörde vorschreiben lassen.**

Für uns gilt nur der Kampf!

Hinterhermsdorf. Die erste Gemeindeverordnetensitzung zeigte schon das wahre Gesicht des Kollegiums. Winterhilfsanträge der KPD wurden mit 7 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Der Bürgermeister hatte in der Hitze des Gefechts vergessen, die Verpflichtung der neuen Gemeindeverordneten vorzunehmen. Wir haben sofort die nochmalige Einberufung der ersten Sitzung und die Behandlung unserer Anträge gefordert.

Wie auch die Abstimmung ausfallen möge, die Arbeiterschaft wird die Konsequenzen zu ziehen wissen, und die KPD.-Fraktion wird immer den Kampf wählen und rücksichtslos die Feinde der Arbeiterschaft zu entlarven wissen.

SPD kuhhandelt mit den Bürgerlichen

Porschdorf (AK 1177). Gleich in der ersten Gemeindeverordnetensitzung war eine glänzende Harmonie **der SPD mit den** Bürgerlichen zu bemerken. Zum Verordnetenvorsteher wurde der Bürgermeister mit Hilfe der Sozialdemokraten gewählt. Der KPD.-Vertreter, Gen. Neumaier, hätte mit den zwei Stimmen der SPD die Mehrheit gehabt. Die Sozialdemokraten zogen es aber vor, einen Bürgerlichen zu wählen und bekamen dafür den Stellvertreterposten von den Bürgerlichen zugeschanzt. Die KPD enthielt sich der Stimme, aber die Volkszeitung und auch die Elbzeitung schreiben von einer einstimmigen Wahl. Die Anträge **der KPD auf Winterhilfe und Aufhebung des Todesurteils** gegen den Arbeiter Barti wurden angenommen.

Erst das Essen — dann die Miete!

Brockwitz (AK 1160). In der Sitzung am 12. Januar wurde eine Protestresolution gegen das Todesurteil an Barti mit den Stimmen der KPD, SPD und Bürgerlichen angenommen. Zwei andere Anträge der KPD-Fraktion, die rückständigen Mieten in den gemeindeeigenen Wohnungen zu streichen, und den Beschluß der Gemeindeverordneten von 1932, 50 Prozent Mietbeihilfe für alle Erwerbslosen zu bewilligen, sofort durchzuführen, wurden gleichfalls unter dem Druck der Anwesenden angenommen.

Der Sozialdemokrat Keil, der als Bürgermeister unseres Ortes eine faschistische Politik durchführt, wurde dann mit Hilfe der Bürgerlichen zum Gemeindeverordnetenvorsteher gewählt. Die Kommunisten hatten erklärt, daß sie nur dann einem sozialdemokratischen Gemeindeverordnetenvorsteher ihre Stimme geben würden, wenn von der SPD-Fraktion ein anderer Kandidat gestellt würde. Die Arbeiter von Brockwitz ersehen daraus, daß Keil als Bürgermeister eine den Bürgerlichen durchaus genehme Politik durchführt und daß diese deshalb diesem Sozialfaschisten ihre Stimme gaben, weil sie wissen, daß er auch als Vorsteher die Politik der herrschenden Klasse vertritt. **Die kommunistische Fraktion wird mit ihrer revolutionären Konsequenz den Kampf gegen die herrschende Klasse und ihre sozialfaschistischen Satalen durchführen.**

Kommunistisches Präsidium

Weißig b. Freital (AK 1194). Gegen 300 Einwohner wohnten der ersten Sitzung des Gemeindeparlaments bei. Zum Vorsteher wurde Gen. Köpke gewählt, zum Stellvertreter Gen. Juhrig. Die SPD-Fraktion versuchte mehrmals, die Sitzung zu sprengen, jedoch scheiterte dies an der Ruhe und Besonnenheit der kommunistischen Fraktion. Zum Bürgermeisterstellvertreter wurde dann unser Gen. H. gewählt. Es kam während der Sitzung mehrmals zu heftigen Auseinandersetzungen mit der SPD-Fraktion. Immer wieder provozierten die sozialdemokratischen Bonzen, indem sie Worte wie: „Von einem neugebackenen Gemeindeverordneten lassen wir uns keine Vorschriften machen!", gegenüber neuen kommunistischen Gemeindeverordneten gebrauchten. Die Arbeiter von Weißig haben jedenfalls in dieser Sitzung erkennen können, in welch schamloser Weise sozialdemokratische Führer die Partei des Proletariats, die KPD, beschmutzen wollen.

Unverändertes Präsidium

Cunnersdorf b. Freital (AK 1208). Da sich die Sitze der Kommunisten nicht erhöht haben, blieb das Präsidium unverändert. Die Anträge der kommunistischen Fraktion auf sofortige Hilfe für die Erwerbslosen und die Freilassung des Arbeiters Barti wurden einstimmig angenommen.

Das „gedeihliche Zusammenarbeiten" darf nicht gestört werden

Cunnersdorf b. Hellenberg. Da das Gemeindeparlament vollkommen kommunistenfrei zusammengesetzt ist, halten die Erwerbslosen einen Dringlichkeitsantrag gestellt, einen der ihren mit in den Wohlfahrtsausschuß hinzuzuziehen. Dieser Antrag wurde selbstverständlich von dem bürgerlich-sozialdemokratischen Plenum abgelehnt. Man tat dies mit der Begründung, daß ja einige sozialdemokratische Gemeindeverordnete erwerbslos seien. Man kann es natürlich verstehen, daß SPD und Bürgerliche bestrebt sind, ihr „gedeihliches Zusammenarbeiten" nicht durch einen klassenbewußten Erwerbslosen zerstören, durchschauen und in die Oeffentlichkeit tragen zu lassen.

Hinweg mit Ermittierungen!

(Arbeiterkorrespondenz 1165)

Lohmen. Die erste Sitzung des neuen Kollegiums war für unseren Ort eine Sensation. Die vier Nazis erschienen in Uniform, wurden aber von den Zuhörern mit Protestrufen empfangen. Ein Antrag, die Sitzung auf zwei Stunden zu unterbrechen, um in einem größeren Lokal zu tagen, um den Zuhörermassen in Stärke von nahezu 160 Mann, Gelegenheit zu geben, der Sitzung beizuwohnen, wurde von Nazis und bürgerlicher Mischmaschliste abgelehnt. Die außerhalb des Sitzungslokales Wartenden zogen zum Protest dafür, die Internationale singend, auf und ab. Der Bürgermeister bekam es mit der Angst zu tun und rief die ihm zur Verfügung stehende Polizei zu Hilfe. Der Vertreter der KPD stellte den Antrag, die Sitzung eine Stunde auszusetzen, um den braunen Mordbanditen Gelegenheit zu geben, sich ihrer Kluft zu entledigen und als Verordnete wieder zu erscheinen. Dieser Antrag wurde mit Hilfe der Bürgerlichen abgelehnt.

Alsdann erfolgte die Wahl des Präsidiums, das sich ausschließlich aus Nazis und Bürgerlichen zusammensetzt. Die Wahl der Ausschüsse ergab dasselbe Bild.

Der Vertreter der KPD brachte zwei Anträge ein, deren einer die Erhöhung der Wohlfahrtsunterstützung vorsieht. Der andere verlangt die Verhinderung jedweder Ermittierung von Erwerbslosen und Rentnern durch die Behörden, sowie die Zuführung sämtlicher Einnahmen aus der Mietzinssteuer für den Bau von billigen Arbeiterwohnungen und zur Verbilligung hoher Mieten in Arbeiterwohnungen. Beide Anträge wurden einstimmig angenommen. — Auf Antrag der Nazis, mit Unterstützung der Bürgerlichen, wurde das Kartensystem eingeführt.

Mit welchen Fälschungen und Verleumdungen die Naziarbeitervertreter auf den Plan treten, zeigt der Bericht über diese Sitzung, den die Tante vom Wettinerplatz brachte und der nur so von Verdrehungen und Verleumdungen gegen den KPD.-Genossen strotzte. Der Antrag, die Sitzung in einem größeren Saal abzuhalten, wurde nur von Bürgerlichen und Nazis abgelehnt, unser Genosse stimmte dafür. Diese und ähnliche Verdrehungen gebrauchen diese Leutchen und Postenjäger, um ihre Verräterpolitik zu verstecken und die Arbeiterschaft irrezuführen. Wir werden aber dafür sorgen, daß den Arbeitern die Augen geöffnet werden und sie erkennen, welchen Weg diese Gesellschaft geht.

KPD-Fraktion fordert Wiedererrichtung der Stempelstelle

Weißig b. Dresden. Zum ersten Male zogen unsere Genossen in Stärke von zwei Mann in das Gemeindeparlament. Gegen 60 Einwohner hatten sich als Zuhörer eingefunden. Der Sitzungsraum erwies sich als viel zu eng. Die Rechtsfraktion bekam mit einer Stimme Mehrheit das Präsidium und zeigte damit den Kurs an, welchen sie einzuschlagen gedenkt.

Bei den Anträgen stand zuerst ein solcher der Rechten zur Tagesordnung, der forderte, den Gemeinderat um zwei Gemeindeälteste zu erweitern. Durch Beschlußunfähigkeit wurde der Antrag abgelehnt.

Dann kamen die Anträge der KPD zur Beratung:

1. Verlegung des Sitzungslokals
2. Wiedererrichtung der Stempelstelle Schönfeld.

Wißner (SPD) schlug vor, abzuwarten, ob das Arbeitsamt den Besprechungen nachkommt, bei schlechtem Wetter in Weißig das Geld auszuzahlen. Hier entpuppten sich die „Freunde" der Arbeiter. Bürgerliche und SPD stimmten in trauter Einheitsfront den Antrag nieder. Die Arbeiterschaft quittierte die Abstimmung entsprechend, so daß der Bürgermeister räumen lassen wollte.

Die Struppener SPD schwimmt kreuz und quer

Die Gemeindeverordnetensitzung stand im Zeichen des Belagerungszustandes in Struppen. Bereits eine Stunde vor Beginn war eine größere Anzahl fremder Polizei vor dem Sitzungssaal postiert. Die Einwohner, welche in Scharen zu dieser Sitzung erschienen waren, wurden rücksichtslos von der Polizei zurückgetrieben. Sogar **die Gemeindeverordneten mußten sich ausweisen, damit sie überhaupt zur Sitzung gelangen konnten.** Die erschienenen Einwohner ließen sich nicht so schnell wieder abfertigen und verharrten noch lange vor dem Sitzungslokal und in der Gaststube. Selbst SPD.-Arbeiter erklärten, daß mit dieser Maßnahme vielen die Augen aufgehen, was unter Demokratie zu verstehen ist.

Die Sitzung wurde vom Bürgermeister Gläser eröffnet. **Sofort ergriffen unsere Genossen das Wort und verlangten die Zurückziehung der Polizei** sowie die Aufhebung der Platzkarten, um den noch wartenden Einwohnern Zutritt zu dieser Sitzung zu gewähren. Bürgermeister Gläser erwiderte hierauf, daß die Polizei auf Anordnung einer höheren Stelle (vom Bürgermeister?) zum Schutze angefordert worden sei und wir als Kommunisten die wenigste Ursache hätten, uns darüber zu beschweren, da wir erst die Massen aufgefordert hätten.

Einige Anträge der KPD für die Erwerbslosen brachten die Einheitsfront von der SPD bis zu den Nazis ganz aus der Fassung. Die Aufhebung der Platzkarten wurde gegen die fünf Stimmen unserer Fraktion mit den Stimmen der SPD bis zu den Nazis, als letzter Punkt der Tagesordnung gestellt. Der erste und zweite Punkt fanden schnelle Erledigung. Beim dritten Punkt, Wahl des Vorstehers, wollte Genosse Leuschke eine Erklärung zur Wahl des Präsidiums abgeben, welche er schriftlich vor sich hatte. Hier glaubte der Bürgermeister wieder seine faschistische Maßnahme durchzuführen und verweigerte die Verlesung. Aber durch einen Antrag mußte er sich selbige doch anhören. Nach der Abgabe dieser Erklärung war die SPD.-Fraktion so niedergeschlagen, daß sie überhaupt keinen Vorschlag machte, sondern nur ein Bürgerlicher und Gen. Hering von der KPD vorgeschlagen wurden.

Die Abstimmung ergab 7 Stimmen für Genossen Hering und 5 für den Bürgerlichen.

Somit war Gen. Hering als 1. Vorsteher gewählt. Er übernahm sofort die Geschäfte und erklärte, daß er diesen Posten nicht im Interesse des kapitalistischen Systems übernehme, sondern im Auftrage der werktätigen Einwohner von Struppen und als im Interesse der Unterdrückten handeln werde.

Bei der Wahl des stellvertretenden Bürgermeisters entlarvte sich die SPD als Handlanger der Bourgeoisie. Sie erklärte durch den „revolutionären" Vertreter Fröde, daß sie bei diesem Posten nicht für unseren Vorschlag stimme, sondern für den Kandidaten der Bürgerlichen, weil Gen. Lehmann von unserer Fraktion als neues Mitglied diesem Posten nicht gewachsen wäre. Hierauf erklärte Gen. Lehmann, daß er natürlich nicht die Interessen der Geldsackbesitzer, sondern nur die Interessen der unterdrückten Arbeiter und Bauern von Struppen vertreten würde. Die Abstimmung ergab für den bürgerlichen Kandidaten 8 und für unseren Genossen 5 Stimmen. **Hier stimmte die SPD offen für einen Bürgerlichen.** Unser Genosse Lehmann wurde als zweiter stellvertretender Bürgermeister gewählt.

Der Einwohnerschaft von Struppen haben die beiden ersten Sitzungen gezeigt, was in Struppen unter Führung eines SPD.-Bürgermeisters alles möglich ist und was das Wort Demokratie für die Arbeiterschaft zu bedeuten hat. Lediglich der Disziplin der Einwohner war es zu verdanken, daß es zu keinen ernsten Zwischenfällen gekommen ist.

Es ist aber auch gleichzeitig bewiesen, daß die Parlamente für die Arbeiterschaft und alle Unterdrückten keine Rettung bringen und keinen Ausweg. Einzig und allein durch außerparlamentarischen Massenkampf unter Führung der Kommunistischen Partei wird es gelingen, ein freies sozialistisches Deutschland zu errichten.

Darum hinein in die Kommunistische Partei!

„Marxismus-Leninismus", die neue Massenbroschüre

Aus dem Inhalt: Was der Marxismus nicht ist — Der Marxismus ist materialistische Weltanschauung — Der Marxismus ist Einheit von Theorie und Praxis — Die marxistische Theorie vom Zusammenbruch des Kapitalismus — Die Lehre vom proletarischen Klassenkampf und von der Diktatur des Proletariats — Der Leninismus, der Marxismus unserer Epoche — Die Definition von Stalin — Die Leninsche Theorie des Imperialismus — Die Wiederherstellung der marxistischen Staatstheorie — Die Marx-Leninsche Lehre von der Partei — Die leninistische Strategie und Taktik der Revolution — Die Wirtschaftspolitik der proletarischen Diktatur.

Diese, für die Schulung der Massen ungemein wichtige Broschüre erscheint in den nächsten Tagen und kostet nur 10 Pfennig.

„Mademoiselle Docteur"

Albertheater. O. A. Palitzsch hat das Buch „Spionage" von H. R. Berndorff zu einem Bühnenstück in 10 Bildern umgearbeitet. Er hat das nicht gerade mit viel dramatischem Geschick getan. 10 Stationen aus dem Leben und der „Tätigkeit" der deutschen Spionin Annemarie Lesser, genannt Mademoiselle Docteur, werden lose aneinandergereiht und im 10. Bild geht die Mademoiselle als Morphinistin zugrunde, nachdem sie vorher **noch ausruft: „Sollte das alles umsonst gewesen sein, sollte man wirklich ohne Zweck und Sinn Millionen in den Tod geschickt haben? Nein, das ist nicht möglich!" Und das Publikum, das jedes Bild dieses billigen oberflächlichen Kolportagestückes mit Beifall aufgenommen hat, weil die arme deutsche Spionin immer gerade noch die dummen Franzosen hinters Licht führt, ist überzeugt, daß das Massenmorden von 1914/18 wirklich Sinn und Zweck gehabt hat. Auch dieses Stück erzieht das Publikum, in Kriegsmoral zu denken.**

Magot Schönbergers Mademoiselle Docteur war eine ganz beachtliche Leistung, nur gelang es ihr nicht ganz, alle Rollen dieser Spionin glaubhaft zu gestalten. Aus der großen Reihe der Darsteller interessierten noch Spakamp, Held, Girath. Unmöglich war Lamperti n, der als Hauptmann von Wynandt neben der Mademoiselle Docteur die einzige, dem Schauspieler Möglichkeit zur Gestaltung eines menschlichen Schicksals bietende Rolle hatte. Er aber blieb ein Schauspieler, der auswendiggelernte, nicht verstandene Worte schlecht von sich gab. Lothar Koerner gab dem Leiter des Spionagewesens, Mathesius, etwas zu unheimliche Züge.

—mm—

„Eine Tür geht auf"

Ufapalast. Ein flottgespielter Ufakriminalfilm, der aber nicht über den Durchschnitt der bisher schon massenhaft produzierten Filme dieser Art hinwegkommt. Es sei denn, daß man ihm insofern eine „aktuelle" Note zu geben bemüht war, als ein Bankgewaltiger als Oberhochstapler entlarvt wird. Und das ist in der grauen Wirklichkeit nicht einmal mehr so sensationell! — Im Beiprogramm wird ein mit vielem Tamtam angekündigter Reichswehrreklamefilm gezeigt, auf den wir noch ausführlich zurückkommen.

„Wenn die Liebe Mode macht!"

Universumlichtspiele. Ein Tonfilm mit Renate Müller, Georg Alexander und Otto Wallburg. Es ist die Geschichte eines kleinen Pariser Nähmädels, wie sie die Wirklichkeit nicht kennt. Das Motiv tritt auch stark in den Hintergrund durch die glänzende Komik eines Otto Wallburg.

In der Ufa-Wochenschau spricht Schleicher anläßlich der Reichsgründungsfeier. Seine letzten Worte: „Ich halte noch wie vor an der allgemeinen Wehrpflicht für Deutschland fest!" Wie sagte doch gleich der Reformist Leipart? „Ein sozialer General!"

Circus Sarrasani. Zur Vermeidung von Mißverständnissen sei darauf hingewiesen, daß während der Abendvorstellungen des Circus Sarrasani nicht nur die Austragung der ersten großen deutschen Berufsringerolympiade stattfindet, zu der die besten und zukunftsreichsten Ringer antreten, sondern daß vorher ein großes Circusprogramm geboten wird, in dem diesmal besonders die vielen exotischen Tiergruppen des Circus Sarrasani zu ihrem Rechte kommen, so daß sich der erste Teil gewissermaßen aus einem Wettstreit der bekanntesten Dompteure, Tierlehrer und Dresseure Sarrasanis zusammensetzt. — In den Nachmittagsvorstellungen, die bekanntlich Mittwochs, Sonnabends und Sonntags stattfinden, zeigt Sarrasani zu besonders volkstümlichen Preisen ein auserlesenes reines Circusprogramm ohne Ringkampf.

Albert-Theater-Konzerte. In den am 29. Januar beginnenden Abonnementskonzerten unter Leitung von Dr. Kurt Kretzschmar mit der gesamten Dresdner Philharmonie sollen folgende Themen behandelt werden: „Die Klangwelt des Orchesters" (29. 1.), „Naturschilderungen in Tönen" (19. 2.), „Polonaise und Mazurka" (12. 3.), „Sämtliche slawischen Tänze von Anton Dvorak" (26. 3.) und „Richard-Wagner-Gedächtnisfeier" (2. 4.). Der Kartenverkauf hat bereits begonnen. Auf die besonders vorteilhaften Abonnements wird noch hingewiesen.

„Lehrerbildung als deutsche Kulturfrage"

Unter diesem Titel erschien vor kurzem eine Broschüre (94 S. brosch. 1,25 Mark) von dem Leipziger Universitätsprofessor Dr. Johannes Richter im Verlag der Dürr'schen Buchhandlung Leipzig.

Ausgehend von der „Kulturunsicherheit" der Gegenwart behandelt Richter, ein liberaler Kopf, das Problem der Volksschule, deren Lehrerschaft und Lehrerbildung seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts und begründet neu die innere Notwendigkeit der akademischen Lehrerbildung.

Das alles mit Liberalismus und unter dem Motto: „Keine Höhe der Bildung ist zu hoch für die Höhe des Lehrerberufs. Die Höhe der Wertschätzung des Lehrerberufs ist ein Maßstab für die Höhe der geistigen Kultur in einem Volke." Richter tut es mit Liberalismus. Aber nicht mit realer Gegenwartsbezogenheit. Man sieht deutlich: die Diskussion schwebt in der Luft, sie geht am Tatsächlichen vorbei, sie weist keinen wirklichen Weg zur Ueberwindung der „Kulturunsicherheit". Ist es ferner so, daß der numerus clausus die „Auslese der Begabten" durchführt? Nein, er erweist sich als Auslese der Besitzenden und solcher, die „Beziehungen" haben. Das Proletariat ist von vornherein ausgeschlossen. Das beweist, die Anzahl an Studierenden und Lehrenden zu stellen, zu der es prozentual berechtigt ist.

Die fortschrittlichen Intellektuellen müssen daher, auch erkenntnismäßig und praktisch am Kampf der Arbeiterklasse teilnehmen müssen, letzthin auch, um die „Kulturunsicherheit" zu überwinden, die in Wahrheit erst mit dem „unsicheren" Produktionssystem der kapitalistischen Gesellschaft liquidiert werden wird.

— Jam.

Schlagt den Faschismus in den Betrieben!

Gebt auch bei den Betriebsrätewahlen die richtige Antwort auf die Nazi-Provokation!

Die beispiellose Provokation, die die Naziführer unter Deckung einer riesigen Polizeiarmee und unter wuchtigen Gegenkundgebungen des empörten werktätigen Volkes am 22. Januar durchführten, hat in den Betrieben die größte Empörung hervorgerufen. Schon in den Tagen vor dem Naziaufmarsch war die **Rote Fahne voll von Protestentschließungen der Betriebsbelegschaften.** Auch in einer Anzahl Dresdner Betriebe gelangten solche Resolutionen in den letzten Tagen zur Annahme.

Der provokatorische Marsch vor dem Karl-Liebknecht-Haus hat auch vielen Arbeitern, die sich bisher noch von den Phrasen der Naziführer täuschen ließen, den wahren Zweck des Faschismus zum Bewußtsein gebracht. Hitler befahl die Provokation gegen die **Kommunistische Partei,** die in den letzten Monaten die Arbeiter in über 1000 betrieblichen Streiks gegen Lohnabbau mit allen Kräften unterstützt hatte und die auch als einzige Partei wirklich ehrlich und mit aller Kraft den gewaltigen Streik der Berliner Verkehrsarbeiter unterstützte.

Der Zweck der Naziprovokationen, den aber die Berliner Arbeiter vereitelten, war vor allem die Einschüchterung der gegen die kapitalistischen Lohnräuber kämpfenden Arbeiterschaft, war der Versuch, den Einfluß der Naziführer unter den Arbeitslosen und betriebstätigen Arbeitern zu verstärken.

Die Antwort der kämpfenden Arbeiterschaft kann jetzt nur sein, alle Kräfte einzusetzen, um den faschistischen Einfluß in den Betrieben zu vernichten, in allen Betrieben die Einheitsfront **gegen den Faschismus** herzustellen und die irregeführten bisherigen Anhänger der nationalsozialistischen Betriebsorganisation, der NSBO, gründlich aufzuklären. Der Faschismus muß in allen Betrieben geschlagen werden.

Hitler und die übrigen Naziführer wurden in den letzten Wochen immer mehr entlarvt. Hitler verhandelte in der Wohnung des Kölner Großbankiers Schröder mit Papen, der die entsetzliche Notverordnung gegen die Arbeitslosen und die Lohnabbauverordnung erlassen hat. Hitler verhandelte mit Hugenberg, dem großkapitalistischen Unternehmerführer, der einer der schärfsten Einpeitscher der Lohnabbauoffensive ist. Hitler führt Koalitionsverhandlungen mit dem Zentrumsführern, deren Exkanzler Brüning mit seinen ungeheuerlichen Notverordnungen die Löhne und sozialen Unterstützungen so brutal abgebaut hat.

Die Naziführer unterstützen die Schleicherregierung,

die den Arbeitslosen die Winterhilfe verweigert, die Zollerhöhung auf Zollerhöhung diktiert und den Papenkurs fortsetzt.

Hitler hat am 18. d. M. in der Berliner Dienstwohnung des preußischen Landtagspräsidenten Kerrl mit dem schwerindustriellen Lohnräuber Thyssen verhandelt, nachdem schon einige Tage zuvor der Nazi-Reichstagspräsident Göring mit den Schwerindustriellen im Ruhrgebiet Besprechungen hatte. Bei diesen Verhandlungen haben sich die Naziführer auch mit dem neuen Lohnabbau, der den Arbeitern der Siegerländer Eisenindustrie aufgezwungen werden sollte, ausdrücklich einverstanden erklärt. Durch Eingeständnis vor Gericht ist erwiesen, daß der Nazi-Prinz von Plenburg bei den rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen hunderttausende Mark gesammelt hat, um sie in die Kasse der Nazipartei zu leiten.

Die Großkapitalisten geben von den Summen, die sie durch brutalen Lohnabbau von den Arbeitern geraubt haben, hunderttausende, ja Millionen Mark an die Nazipartei

und zwar zu dem ausgesprochenen Zweck, daß die Naziführer durch ihre Terroraktionen die Möglichkeit zu einem neuen Abbau der Löhne, zu einem neuen Abbau der Unterstützungen, zum Raub der letzten politischen Rechte der Arbeiter schaffen sollen.

Nachdem so viele handgreifliche Tatsachen zum Beweis dieser Rolle der Hitler und Konsorten vorliegen, sind heute alle Möglichkeiten zur Aufklärung der irregeführten proletarischen Nazianhänger gegeben.

Kein Arbeiter, der ehrlich für die Verfechtung der Arbeiterinteressen im Kampf gegen die Kapitalisten ist, kann nach Kenntnis all der Tatsachen noch in der Hitlerpartei, der NSBO Gefolgschaft leisten, auf einer Naziliste kandidieren, oder eine Naziliste mit einreichen. In den Versammlungen der NSBO halten die Naziführer verlogene, demagogische Reden, sie behaupten, daß sie gegen Lohnabbau und gegen die Kapitalisten seien. Diese Demagogie kann zerstört werden, wenn den NSBO-Anhängern die Taten Hitlers zur Kenntnis gebracht werden und wenn gleichzeitig in den Betrieben die **Einheitsfront des Kampfes gegen Lohnabbau und Faschismus** geschlossen wird.

In zahlreichen Streiks hat es sich gezeigt, daß dort, wo die Belegschaften die Einheitsfront herstellten, viele bisherige Nazianhänger gegen den Willen der Naziführer mitstreikten. Das war schon der **erste Schritt weg von Hitler.** Die Herstellung der Einheitsfront in jedem Betrieb zum Zweck des Kampfes um die Arbeiterforderungen ist der beste Weg, den Einfluß des Faschismus in den Betrieben zu vernichten.

Wer, wie die SPD-Führer und die christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer gegen die Herstellung der Einheitsfront des Kampfes in den Betrieben ist, wer die Einheitslisten bei den Betriebsrätewahlen bekämpft, wer antifaschistische Arbeiter aus politischen Gründen aus den Gewerkschaften ausschließt, der hilft den Hitlern, Thyssen und Schleicher!

Arbeiter, seht nicht länger ohne vielfach verstärkte Gegenwehr zu, wie die SPD-Führerschaft durch ihre niederträchtige Hetze gegen die Einheitsfront des Kampfes, gegen die KPD, gegen die Sowjetunion durch ihre Ausschluß- und Spaltungspolitik, durch ihre Unterstützung der Schleicherregierung dem Hitlerfaschismus in die Hände arbeitet.

Schließt gegen den Willen der Leipart und Weis in allen Betrieben die Einheitsfront des Kampfes, stellt bei den Betriebsrätewahlen auf Grund dieser Einheitsfront solche Kollegen auf, die bereit sind, mit aller Kraft für die Lebensinteressen der Arbeiter einzutreten und im Kampf gegen Lohnabbau und Faschismus in erster Reihe zu stehen.

Nicht zuletzt bei den Betriebsrätewahlen haben die Arbeiter Deutschlands Gelegenheit, auf die ungeheuerliche Hitler-Provokation die entsprechende Antwort zu geben.

Verstärkt sofort alle Vorbereitungen! Schon durch diese Maßnahmen muß in den meisten Betrieben die Aufstellung einer Naziliste zur Unmöglichkeit gemacht werden, muß der Sieg der Liste der kämpfenden Einheitsfront gesichert werden.

Schlagt den Faschismus in den Betrieben!

Die Textilarbeiterkonferenzen

am Sonntag, dem 29. Januar, vormittags 9 Uhr

tagen für die Textilbetriebe der Orte: Dresden, Pirna, Cotzmannsdorf, Meißen, Radeberg, Kamenz, Großröhrsdorf und Dobritz

in Dresden im Eldorado, Steinstraße 15

Für die Orte: Bautzen, Zittau, Löbau, Kirschau, Neugersdorf, Ebersbach, Reichenau, Eibau, Neusalza-Spremberg usw.

in Zittau, im Goldenen Löwen.

Alle Textilbetriebe müssen Delegierte entsenden!

Für die Landarbeiter gilt die Losung:

Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub!

Mobilisiert die rote Einheitsfront zur Abwehr des zwischen den Krautjunkern und den Verbandsbürokraten vereinbarten Lohnabbaues

Das, was wir bereits vor Wochen voraussagten, ist eingetroffen. Die Führer des Deutschen Landarbeiter-Verbandes haben gemeinsam mit den Junkern einen **neuen Lohnraub an den Landarbeitern** vereinbart. Eine Reihe von **Verschlechterungen im Rahmentarif** werden gemeldet. Aber auch eine Reihe von Verschlechterungen der Bargeldlöhne treten in Erscheinung.

Dieser ungeheuerliche Abbau muß alle Landarbeiter unter der Führung der RGO einen zum Kampf um die Zurückschlagung dieser Angriffe der Junker.

Die noch im DLV organisierten Kollegen müssen sich gemeinsam mit ihren Kollegen von der RGO und den Unorganisierten in roter Einheitsfront zum Kampf zusammenschließen. Das ist um so notwendiger, weil ja die Verbandsbürokraten — wie wir ebenfalls klar vorausgesagt haben — nichts unternehmen, um die Landarbeiter zum Kampf aufzurufen. Folgendes Schreiben ist der klare Beweis dafür, daß die DLV-Führer gar nicht daran denken, einen Kampf zu führen, sondern daß sie nur die Absicht haben, die Kollegen zu beruhigen und vom Kampf abzuhalten:

„DLV Kreis Leipzig — Leipzig C 1, den 19. 1. 33. Zeitzer Str. 32. III/95, Ruf 34071

Betr. Lohn- und Tarifvertrag!

Im Tarifvertrag sind durch Schiedsspruch textliche Veränderungen eingetreten, so daß die Wiedergabe hier nicht möglich ist.

Ein Neudruck ist deshalb nötig. Sobald ich diese in Händen habe, gehen diese Euch zu. Zur Sache selbst müssen wir dann in Zahlstellenversammlungen dazu Stellung nehmen. Der Versammlungsplan geht den Gruppen noch zu.

Der Lohn für die Weiblichen hat sich nicht verändert.

Die Monatslöhne sind im gedruckten Tarif, so daß hier nur die männlichen Stundenlöhne wiedergegeben sind.

Alle Löhne gelten ab 16. Januar 1933

Gebiet 1 ist Leipzig, Borna, Grimma, Oschatz: über 20 Jahre 28 Pfennig, über 19 Jahre 20,5 Pfennig, über 18 Jahre 19,5 Pfennig, über 17 Jahre 17 Pfennig, über 16 Jahre 16 Pfennig, über 15 Jahre 13 Pfennig, über 14 Jahre 11,5 Pfennig.

Gebiet 2 ist Rochlitz: über 20 Jahre 23,5 Pfennig, über 19 Jahre 20,5 Pfennig, über 18 Jahre 17,5 Pfennig, über 17 Jahre 15,5 Pfennig, über 16 Jahre 14,5 Pfennig, über 15 Jahre 13 Pfennig, über 14 Jahre 11 Pfennig.

Freiheit! Die Kreisverwaltung, Gräßler."

Das ist also alles, was der DLV-Bürokrat Gräßler seinen unteren Funktionären zu melden hat. Es machen sich „textliche Veränderungen" notwendig, das heißt also, es heben Verschlechterungen der Deputate usw. in Aussicht.

Landarbeiter! Jetzt heißt es aber den höchsten Alarm blasen! Wählt euch auf allen Gütern sofort vorbereitende Kampfausschüsse, bereitet den Streik vor! Schafft euch ein betriebliches Kampfprogramm! Bereitet in diesem Zeichen die Gutsratswahl vor!

Im DLV organisierte Kollegen! Fordert überall sofortige Einberufung von Zahlstellenversammlungen! Fordert aber auch, daß ein Vertreter der RGO in diesen Versammlungen spricht! Jetzt heißt es für euch, verstärkt in Opposition gegen die verräterische Politik der DLV-Bürokratie zu gehen! Schafft überall Oppositionsgruppen im DLV und ADGB!

Tretet ein in die Reihen der RGO! Unter ihren Losungen vorwärts zum Kampf und zum Sieg!

Das Dresdner Arbeitsamt „macht Mut"

Die Berufsberatung des Dresdner Arbeitsamtes hatte gemeinsam mit dem Ausschuß für Abiturientenhilfe eine Veranstaltung getroffen, um den jungen Abiturientinnen, die keinerlei Möglichkeit sehen, einen akademischen Beruf zu ergreifen, „ein wenig Mut zu machen", wie die Oberin Dr. v. Abendroth wörtlich erklärte. In welch nahezu skrupelloser Weise dieses „Mutmachen" erfolgte, ging besonders aus den Ausführungen der Vorsitzenden der Vereinigung der Dresdner Jungverkäufer, A. Themal, aus dem Kaufhaus Alsberg hervor. Sie hatte die Aufgabe, den Abiturientinnen den Beruf der Verkäuferinnen schmackhaft zu machen. Sie behauptete dort frank und frei,

das Durchschnittsgehalt einer Verkäuferin betrage monatlich 150 Mark, obwohl sie weiß, daß es in Wirklichkeit bedeutend niedriger ist und sie selbst im Monat nur 85 Mark erhalten soll.

Davon aber berichtete sie nichts, daß in den Warenhäusern etwa 80 Prozent der Verkäuferinnen nur als Aushilfen eingestellt sind — mit täglicher, ja oft stündlicher Kündigung —, die nach Hause geschickt oder beschäftigt werden, wie es den Warenhausunternehmern gerade paßt. Auch nichts davon, daß die Lehrmädchen oft nicht nur fehren müssen, sondern auch dazu verwandt werden, die Waren den Käufern zuzustellen. Auf eine solche Weise wird den verzweifelten Abiturientinnen „Mut gemacht", als Konkurrentinnen der Verkäuferinnen auf dem Arbeitsmarkt aufzutreten.

Die Vereinigung der Dresdner Jungverkäufer, der das Fräulein Themal vorsteht, ist eine von den Unternehmern zu dem Zwecke gegründete Organisation, einen Keil in die Angestelltenschaft zu treiben, um dabei die Ausbeutung steigern zu können. Nach acht- bis zehnstündiger Arbeitszeit spielen die Jungverkäufer dann noch „Verkauf"; angeblich, um die „so nötige gestaltende Verkaufsphantasie" zu erlernen, in Wirklichkeit aber, um die jungen Verkäuferinnen ihren Kolleginnen zu entfremden und um die Herstellung einer einheitlichen Kampffront zu verhindern. Da die Jungverkäuferinnen sich nicht gerade mit Begeisterung einer solchen Vereinigung anschließen, wird auch nicht vor einem sanften Druck zurückgeschreckt. Die gesamte Angestelltenschaft muß gegen diese Methoden Front machen!

An alle Betriebsräte und Betriebsratskandidaten!

Erscheint alle in der Betriebsrätekonferenz am Freitag, dem 27. Januar, im Eldorado, Vereinszimmer. Eingang Eibgäßchen 18.

RGO, Ortskomitee Dresden, Betriebsräteausschuß.

Wer schafft die proletarische Einheitsfront?

Neue demagogische Betrugsmanöver und unverschämte Kommunistenhetze auf der Betriebsrätekonferenz des ADGB

Wir haben bereits von der von den reformistischen Bonzen zusammengeschobenen Betriebsrätekonferenz in Berlin berichtet und müssen heute Stellung nehmen zu einem Bericht der Dresdner Volkszeitung vom 24. Januar, der sich ebenfalls mit dieser Konferenz beschäftigt.

Die Volkszeitung behauptet, daß im Gewerkschaftshaus die Front gestapt habe, deren unmittelbares Kampfziel nichts anderes ist, als die

Herstellung der Arbeitereinheit".

Von der Konferenz wurde die Parole „Einigung der Arbeiter in den Gewerkschaften" ausgegeben. Wie sieht es in Wirklichkeit mit der Einheit, wie die Reformisten sie meinen? Jeder oppositionäre Arbeiter, der in den Gewerkschaften den revolutionären Klassenkampf fordert, der bemüht ist, die kämpfende Einheitsfront aller Arbeiter herzustellen, wird von der Gewerkschaftsbürokratie aus den Gewerkschaften hinausgeworfen.

Einheitsfront und Einigkeit gibt es für die Gewerkschaftsbürokratie nur mit der Bourgeoisie und gegen die Arbeiterklasse!

Die Entlarvung der sozialfaschistischen arbeiterverräterischen Rolle der Leipart und Co. nennt Leipart in seiner Begrüßung „Hetze der Kommunisten gegen die Gewerkschaften". Er behauptet, daß an den Verhandlungen von ADGB-Führern mit Faschisten kein wahres Wort sei. **Wie steht es aber mit den Verhandlungen, die Leipart selbst sowie andere Führer des ADGB und der SPD mit Schleicher führten? Wie steht es mit dem**

Besuch Nazi-Strasser's in der Bundesschule des ADGB in Bernau? Es gibt tausend Beispiele, die auch von den ADGB-Führern nicht geleugnet werden können, in denen klar und deutlich die Zusammenarbeit dieser Leute mit den Vertretern der Bourgeoisie und des Faschismus zum Ausdruck kommt.

Durch die Rebellion der Gewerkschafts- und SPD-Mitglieder werden die sozialfaschistischen Führer gezwungen, immer wieder „revolutionäre" Manöver zur Täuschung der Arbeiterklasse zu machen. So wagt es auch Leipart, seine Rede mit der Parole: **„Für ein freies, sozialistisches Deutschland"** zu schließen. Was heißt das bei Leipart? Einige Zeilen vorher wird es gesagt: „Unsere letzten Ziele können nur in einer Neuordnung verwirklicht werden — Kampf für die wohlverstandenen wahren Interessen der Arbeiterschaft". Was heißt „wohlverstandenen" Interessen sind, das hat uns in den letzten Jahren die dauernde Koalitions- und Tolerierungspolitik, die Unterstützung der Bourgeoisie mit dem Betrug der „Wirtschaftsdemokratie", des organisierten Streikbruchs und der Mithilfe am Lohnraub gezeigt.

Zur Betriebsrätewahl selbst sprach Grahmann, und die Volkszeitung berichtet, daß „nur erstklassiges Menschenmaterial auf den Betriebsratsposten" etwas leistet. „Erstklassiges Menschenmaterial", das sind für die ADGB-Führer solche **Betriebsräte, die für Ruhe und Ordnung im Betrieb sorgen, für die die Rentabilität des Betriebes die Richtlinie ihrer Politik ist, das sind solche Betriebsräte, die ohne Murren den Parolen der Bürokratie folgen und die noch nicht erkannt haben, daß sie die Bourgeoisie unterstützen, wenn sie die Politik des ADGB durchführen.**

Wie ein roter Faden zog sich durch die zusammengeschobene Konferenz eine

wüste Hetze gegen die Kommunisten und alle revolutionären Gewerkschafter,

die Grahmann als „Werkzeuge fremder Regierungen" hinstellt. Hier gibt es fast keinen Unterschied mehr zu der blutigen Kommunistenhetze der Nazis. Hier finden sich National- und Sozialfaschisten auf einer gemeinsamen Linie. Die Bourgeoisie versucht, die Kommunistische Partei zu verbieten und Grahmann liefert ihr das Material dazu.

Die Einheit der Arbeiterklasse, die Einigung des deutschen Proletariats kann nicht „in den Gewerkschaften" verwirklicht werden. Die Einheit der deutschen Arbeiterklasse kann nur auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes erwachsen, den die Führer des ADGB schon lange verlassen haben. Die Einheitsfront bildet sich dort, wo sozialdemokratische und kommunistische, wo freigewerkschaftlich organisierte und unorganisierte Arbeiter den Kampf aufnehmen gegen Lohnraub und Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen, gegen Unterstützungsabbau und Rentenkürzung, gegen die blutigen Terrorgarden der Nazis und gegen die faschistische Schleicherdiktatur. Das ist in großen Zügen auch das Programm der revolutionären Betriebsratskandidaten, die die Einheitsfront im Betrieb verwirklichen, indem sie mit allen Schichten der Belegschaften gemeinsam den Kampf für die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Gesamtarbeiterschaft organisieren.

Rote Einheitslisten zur Betriebsratswahl

in jedem Betrieb auf der Basis der breitesten Einheitsfront von unten, getragen vom Vertrauen der gesamten Belegschaften — das ist das Mittel, mit dem wir die rote Einheitsfront im Kampf gegen Hunger und die faschistische Diktatur schaffen. Die ADGB-Führer stehen dabei auf der anderen Seite der Barrikade.

Seeleute streiken gegen Heuerraub

Die Besatzung des deutschen Dampfers „Hollheim", der gegenwärtig in Gent (Belgien) liegt, legte am 19. Januar geschlossen die Arbeit nieder. Die Reederei mutete den Matrosen und Heizern zu, durch Unterschreiben eines Reverses die Kürzung der Heuer um 13,50 Mark anzuerkennen. Sie würden dann noch ganze 60 Mark im Monat erhalten. Den gleichen Heuerraub versuchte die Reederei bei der Mannschaft des in Bremen liegenden Dampfers „Kotenfels"

RUND UM DEN ERDBALL

Arbeitermutter von Nazis niedergeknallt

Weil sie keine Miete mehr bezahlen konnte — Der verbrecherische Hauswirt ein Nazi-Oberlehrer — Mieteintreibung mit der Schrotflinte, ein Vorgeschmack vom „3. Reich"

Berlin, 25. Januar. Gestern vollbrachte ein Nazi in Berlin-Spandau eine neue „Heldentat" gegen eine Frau, die eine würdige Fortsetzung nationalsozialistischer Bluttaten gegen wehrlose Arbeiterfrauen ist. Der Hausbesitzer Studienrat Moll, ein Nationalsozialist, schoß seine Mieterin, Frau Rung, hinterrücks nieder. Frau Rung ist durch eine Schrotladung in die linke Kniekehle so schwer verletzt, daß ihr wahrscheinlich das Bein amputiert werden muß.

Der Schütze Moll war früher Oberlehrer und hat sich unter der Spandauer Bevölkerung bereits einen Namen gemacht. Im Garten seines Hauses baute er sich aus Klamotten ein „Hünengrab". Vor Jahren stellte er einen unbrauchbaren Minenwerfer daneben und pflanzte eine Blumenlanze auf. Wenn an der Lanze das Fähnchen wehte, war der braune Hauspascha zu Hause.

Die Familie Rung ist erwerbslos. Als die Mietzahlungen nicht mehr regelmäßig erfolgten, begann Moll mit unglaublichen Schikanen. Nachdem der Erwerbslose Rung mit seiner Miete überhaupt im Rückstand blieb, wurde der Nazihauswirt toll.

Dieser braune Hitlerheld wollte es nicht begreifen, daß die Familie Rung, die mit der Erwerbslosenunterstützung nicht einmal ihre drei kleinen Kinder satt machen konnte, das Geld zur Miete nicht hatte. Ständig kam es durch das brutale Verhalten des Moll zu erregten Auseinandersetzungen. Schließlich sprach der Nazihauspascha die Kündigung aus. Als er dann noch erfuhr, daß die Familie Rung ein paar Betten, die er der Familie bei ihrem Einzug geborgt hatte, versetzte, geriet er völlig aus dem Häuschen. Ohne Zweifel hat der Erwerbslose Rung, der also nicht mal selber ein paar Betten besaß, die geborgten versetzt, nur um für seine Kinder ein bißchen Brot kaufen zu können. Aber was ging es den nationalsozialistischen Hauswirt an, daß drei Arbeiterkinder weder Milch noch Brot haben.

Als es gestern zwischen der Frau des Hauspaschas und Frau Rung zu Auseinandersetzungen kam und Frau Moll ohne Grund plötzlich hysterisch Hilfe schrie, kam Moll selbst herbei. In seinen Händen hielt er eine Schrotflinte. Frau Rung drehte sich um und da schoß dieser Bandit.

Eine ganze Schrotladung drang der wehrlosen Frau Rung aus zwei Meter Entfernung in die linke Kniekehle.

Die Bewohner des Hauses gerieten in ungeheure Empörung. Sie verlangten die sofortige Verhaftung des Schießhelden. Aber der Nazihauswirt befindet sich auf freiem Fuß. Mit frecher Dreistigkeit behauptet dieser Bursche, wie er es vom „Angriff" gelernt hat, er habe in „Notwehr" gehandelt. Man stelle sich vor: ein wohlgenährter Hauspascha schießt die ausgehungerte Frau eines Erwerbslosen von hinten „aus Notwehr" über den Haufen.

Es gibt nur eine Antwort auf diese neue Nazibluttat: Alle Werktätigen sind bedroht von aufgehetzten Goebbels-Banditen, alle müßt ihr euch zusammenschließen zum Kampf gegen den faschistischen Terror, im roten Massenselbstschutz. Besonders kennzeichnend aber in diesem Fall ist es, daß ein nationalsozialistischer Hauswirt eine Arbeiterfamilie, weil sie die Miete nicht zahlen kann, auf die Straße setzen will und obendrein deswegen noch eine Frau über den Haufen knallt. Das ist ein warnender Vorgeschmack vom „Dritten Reich".

Hundeschlächter aus einem Arbeiterdorf in der Tschechoslowakei

In der C. S. R. können sich die Werktätigen ebensowenig wie in Deutschland vollwertiges Fleisch kaufen. Wie in vielen Gebieten Deutschlands bildet Hunde- oder Katzenfleisch die einzige Möglichkeit einen Braten in die Pfanne zu bekommen. (Aus der neuen AIZ. / Überall für 20 Pf. erhältlich.)

Todesursache: Mangel an Geld!

Wie unter dem Regime des „sozialen Generals" die Gesundheit der werktätigen Massen vor die Hunde geht

Die Krankenversicherung ist, wie auch alle anderen Zweige der sozialen Versicherung, heute so weit verschlechtert worden, daß nur noch selten ein Kranker in den „Genuß der Leistungen" kommen kann. Die Erhebung einer Krankenschein- und Rezeptgebühr von je 50 Pfennig, die hohen Kosten, die die prozentuale Bezahlung von Arzneimitteln und Krankenhausaufenthalt für alle Familienversicherten erfordert, machen es immer weniger Menschen möglich, sich rechtzeitig in ärztliche Behandlung zu begeben. Hinzu kommt, daß sehr viele Kassenärzte, mehr noch die Wohlfahrtsärzte, deren Bezahlung ja durchschnittlich durchaus ungenügend ist, die nötige Sorgfalt und Gründlichkeit in der Behandlung ihrer Patienten vermissen lassen.

Ganz besonders schlimm sind die Erwerbslosen daran. Die Wohlfahrtsämter weigern sich ganz allgemein, bei Unterstützungsempfängern die zusätzlichen Arznei- und Krankenhauskosten für die Familienversicherten zu übernehmen. Ganz ausgeschlossen ist das aber bei Erwerbstätigen, auch wenn deren Löhne und Gehälter infolge von Kurzarbeit, Lohnabbau usw. nicht wesentlich über den Unterstützungssätzen liegen.

So ist es zu erklären, daß die Krankenhäuser immer mehr leere Stellen aufweisen, trotzdem zweifellos der Gesundheitszustand der Bevölkerung sich weitgehend verschlechtert hat. Je mehr leere Betten aber im Durchschnitt vorhanden sind, desto weniger Personal wird gebraucht. Ständig werden Aerzte, Pflegerinnen, Schwestern, Pfleger und technisches Personal entlassen, deren Arbeit dann den an sich schon überlasteten übrigbleibenden Angestellten aufgebürdet wird. Diese Arbeitsüberlastung bringt es mit sich, daß die Behandlung in den Krankenhäusern ebenfalls immer schlechter wird. Außerdem wird am Etat für Wäsche, Kleidung und Ernährung der Patienten gespart.

Gegenwärtig, im Beginn einer neuen Grippe-Epidemie, verfügen die Krankenhäuser nicht über genügend geschultes Personal, um dem Ansturm auf die Krankenanstalten gewachsen zu sein. Mit der Neueinstellung bereits entlassenen Personals aber zögert man der Kosten wegen. Es ist das eine Schraube ohne Ende, die den Gesundheitszustand der werktätigen Bevölkerung unterhöhlt.

Unter solchen Gesichtspunkten kann nun auch eine Reihe bürgerlicher Aerzte nicht länger den engen Zusammenhang zwischen Gesundheitszustand und wirtschaftlicher Lage bestreiten. Trotzdem am Beispiel der Tuberkulose schon vor langer Zeit vollgültige Beweise hierfür geliefert wurden, ist das vom größten Teil der reaktionär eingestellten Aerzteschaft immer wieder auf das heftigste bestritten und als agitatorische Entstellungen abgetan worden. Da ist es nun interessant, was Dr. Döhmann vom Kinderkrankenhaus München über die Sterblichkeit von Kindern an Zuckerkrankheit berichtet. Er führt eine Reihe von Fällen auf, von denen bei drei Fällen folgende Todesursache festgestellt wurde (wörtlich!): „1. Allgemeine körperliche Minderwertigkeit und Mangel an Geld. 2. Ungenügende endlich fehlende Behandlung. 3. Mangel an Geld."

Döhmann kommentiert diese von ihm selbst gestellten Todesursachen: „Die Kinder wären bei entsprechender Behandlung sicher am Leben zu erhalten gewesen. Die Behandlung scheiterte in erster Linie an wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Angehörigen, . . . daß ein körperlich sonst gesundes, kräftiges und geistig vollwertiges Kind an seiner Zuckerkrankheit sterben muß, weil man nicht weiß, woher die Kosten für ein paar Wochen Krankenhausbehandlung zu nehmen sind, ist eine beschämende Tatsache . . ."

Hier wird also mal offen zugegeben, daß — allerdings bei einer verhältnismäßig seltenen Erkrankung — Kinder dem sicheren Verderben ausgeliefert waren, nur weil die Eltern nicht das Geld besaßen, einen Arzt aufzusuchen, sich die nötigen Instrumente und Arzneimittel zur Behandlung der Erkrankung zu besorgen, beziehungsweise die unumgänglich notwendige Diät zu beschaffen. Um gleich eine etwa auftauchende Vermutung zu berichtigen: die Zuckerkrankheit ist heute auch bei Jugendlichen heilbar. Nur ist das Heilmittel infolge der unersättlichen Profitgier der chemisch-pharmazeutischen Industrie und ihrer Aktionäre nur für reiche Leute erschwinglich. Wie hier für die Zuckerkrankheit offen als Todesursache der Geldmangel angegeben wird, so trifft das natürlich für alle anderen, weiter verbreiteten Krankheiten noch in viel höherem Maße zu. Und es ist kein Wunder, daß sich mit der ständigen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage auch der Gesundheitszustand der Bevölkerung immer mehr verschlechtert.

Dr. med. Wilhelm Swienty

Spiegel der Ereignisse

In der Nähe von Dirschau sind zwei Güterzüge zusammengestoßen, wobei ein Mann des Zugpersonals getötet und ein anderer schwer verletzt wurde.

Durch Abbruch eines überhängenden Felsens wurden in der Consolidated Reef-Bergwerk bei Johannesburg (Südafrika) zwei Europäer und vier Eingeborene getötet. Sechs Eingeborene wurden schwer verletzt.

Nach einer amtlichen Kirchenaustrittsstatistik der sächsischen Regierung sind im Jahre 1931 aus der evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsens 38 700 Personen ausgetreten. Die katholische Kirche hatte 2806 Austritte zu verzeichnen. Seit 1919 haben der evangelisch-lutherischen Landeskirche insgesamt 548 000 Mitglieder den Rücken gekehrt.

Großfeuer im Hamburger Hafen

An Bord des im Hamburger Hafen liegenden dänischen Motorschiffes „Alfia" brach auf noch ungeklärte Weise im Laderaum Feuer aus, das außerordentlich schnell um sich griff und erst nach Einsetzung fast der gesamten Hamburger Feuerwehr in den Morgenstunden gelöscht werden konnte.

Das Schiff wurde zum großen Teil unter Wasser gesetzt und wird erst nach einigen Tagen wieder leergepumpt werden können. Die Fahrgäste, die sich bei Ausbruch des Feuers an Bord befanden, konnten sich mit dem Notwendigsten rechtzeitig retten.

Als die Feuerwehr auf den Alarm herbeieilte, fand sie die Luken 2 und 3 des Motorschiffes in hellen Flammen. Das Schiff hatte eine große Ladung Kopra und eine beträchtliche Menge Gummi an Bord, ferner Reis und ostasiatische Stückgüter, an denen die Flammen reiche Nahrung fanden.

Auf dem Bahnhof 28 000 Mark geraubt

Auf dem Oldenburger Bahnhof wurde ein schwerer Raubüberfall ausgeführt. In der Nähe des Postauzuges wurden zwei einen Posttransport begleitende Postbeamte von zwei maskierten Tätern überfallen, niedergeschlagen und mit Pistolen bedroht. Es gelang den Tätern, zwei mit Blech beschlagene Holzkisten zu erbeuten, die 28 000 Mark enthielten. Sie sind unerkannt entkommen.

Arbeiter vom Magnet getötet

In den Rheinmetallwerken wurde der Platzarbeiter Schehr, als er einen Waggon entlud, von dem Magneten des über ihn hinwegfahrenden Krans erfaßt und totgedrückt. Die Wirbelsäule wurde ihm zweimal gebrochen.

Hunger und Frost in Frankreich

Bei Moulins in Frankreich wurde eine 78jährige Frau von einem Vorübergehenden im erfrorenen Zustand auf dem Felde gefunden. In derselben Ortschaft ist eine 82jährige Frau in ihrem Hause erfroren. Bei Bar-le-Duc sind zwei Knechte an den Folgen der Kälte gestorben.

„Kulturbolschewismus"

Riesige Korruptionsaffären um Berliner Funkstunde und sechs große Theater

Die Zahl der Arbeitslosen wächst, trotz Ankurbelung und Siegesgeschrei der Bourgeoisie. Gleichzeitig rüttelt die Krise an der gesamten Kulturfront und reißt mit einem Schlage die wahren Hintergründe auf, die im Kapitalismus so aussehen:

Der Direktor der Funkstunde, Friedrich Knöpfke, wird beschuldigt, Schmiergelder in Höhe von 500 000 Mark erhalten zu haben. Der Oberstaatsanwalt von Steinäcker hat das gesamte Material beschlagnahmt.

Ein Direktor der Druckerei Preuß, die das amtliche Organ des Rundfunks, die „Funkstunde" druckt, hatte auch Angestellte anderer Konzerne, so der IG.-Farben, in ähnlicher Weise bestochen, um Aufträge zu erhalten. Beim Durchsuchen der Bücher anläßlich der IG.-Farben-Bestechungen fand man erhebliche Zahlungen an Knöpfke. Da Knöpfke früher Besitzer des Verlages der „Funkstunde" war und mit der Uebernahme des Rundfunks durch die Reichspost diesen privaten Posten aufgeben mußte, hielt er sich durch Annahme von Schmiergeldern der Druckerei schadlos.

Kaum hatte man die Korruptionsgeschichten dieses Mannes, der noch einer der von der SPD. lancierten Größen ist, entdeckt, da erkrankte Knöpfke schwer und reiste mit dem nächsten Zug nach Lugano. Jetzt prüft man wieder einmal hinterher und entdeckt, daß wahrscheinlich noch umfangreiche Grundstücksspekulationen auf das Konto von Knöpfke kommen.

Die Kosten setzen sich zusammen aus den Zweimarkstücken, die die Rundfunkhörer diesem Staat zahlen.

Herr Knöpfke ist nur ein paar Züge früher abgefahren als die Gebrüder Rotter, Direktoren von sechs Berliner großen Theatern. Die Krise des Theaters, die nur eine Erscheinungsform der Wirtschaftskrise ist, brachte auch die Unternehmen der Rotters ins Wanken. Lange Zeit schon hatten zahlreiche Verhandlungen zwischen Geldleuten und Theaterbesitzern wegen der Sanierung der Rotter-Bühnen und anderer Theater stattgefunden. Da stellten die Gebrüder Rotter endlich den Konkursantrag und begaben sich gleichzeitig zum Anhalter Bahnhof, um in die Schweiz zu verschwinden. Als man in Berlin die Riesenschulden an Hand der Bücherkontrolle feststellte, waren die Gebrüder Rotter inzwischen von der Schweiz unbekannt nach Italien verzogen.

Auch hinter ihnen fahndet der Staatsanwalt.

Knöpfke und Rotter sind nur zwei Repräsentanten dieses verfaulten Systems. Die stinkende Büchse der Pandora, die deutsche Kulturfront, hat sich einen Augenblick geöffnet. Der Abstieg geht aber weiter, den diese Herren Kulturbolschewismus nennen.

K. W.

Verantwortlich: Alfred Hendrich, Berlin